



Kreislaufwirtschaft total

Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz e.V.

Mai 2012 · Preis: 2,- €

www.total-recycling.org



Umwelt- und Arbeiterbewegung gemeinsam für Kreislaufwirtschaft



Inhalt

Kontaktdaten	2
Editorial	3
Lebenszyklusanalyse von Materialien	4
Mobilfunkprotest in Stuttgart-West	6
Wertstofftonne – kommunal oder privat?	8
Kreislaufwirtschaft – eine Systemfrage	9
Fukushima – Ablauf, Ausmaß und Schlussfolgerungen	10
CO2-Emissionen: Massive Reduktion dringend erforderlich	12
Verkehrspolitik in der Sackgasse	13
Fracking – ein verbrecherischer Akt der Energiemultis	14
Interview mit Andreas Tadysiak, Kumpel für AUF	15
Neue Regionalgruppen und Aktivisten melden sich zu Wort	16
2. internationaler Umweltratschlag am 8./9. Oktober 2011 in Gelsenkirchen	18
Bewegung gegen S 21: Wir lernen im Vorwärtsgen!	20
Aktivisten stellen sich vor	22
„Es ist 1 Minute vor 12“	23
Weg mit dem Anti-Solar-Plan der Bundesregierung!	24
Wir möchten Ihnen die Idee einer Umweltgewerkschaft vorstellen!	25
Stimmen zur Idee einer Umweltgewerkschaft	26
7. Internationaler Automobilarbeiterratschlag am 17.-20. Mai	27
Publikationen der Bürgerbewegung	28



Selbstverständnis des Vereins

Unser Verein setzt sich für das Ziel einer totalen Kreislaufwirtschaft ein. Wie in der Natur, müssen auch in der menschlichen Produktion und Konsumtion die stofflichen Kreisläufe geschlossen werden. Durch eine umfassende Kreislaufwirtschaft können der Raubbau an der Natur, die Umwelt- und Klimakrise überwunden werden. In der vorwiegend auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Produktion dagegen, werden bewusste Verschwendung und Verschleiß gefördert, zehntausende künstliche und giftige Stoffe hergestellt und riesige Müllberge geschaffen. Statt Stoffe zu recyceln, werden große Mengen verbrannt. Kreislaufwirtschaft bedeutet auch zerstörerische Entwicklungen wie Massentierhaltung, Fracking, Geoengineering oder CO2-Speicherung entschieden zu bekämpfen. Um Rohstoffe zu erhalten ist heute die Entwicklung und Förderung einer Vielzahl von Recycling-Verfahren notwendig.

Unser Verein setzt sich besonders ein für das Kryo-Recycling für Kunststoffe und Altelektronik sowie ein mehrstufiges Methanisierungsverfahren für Bioabfälle zur Gewinnung von Energie und hochwertigem Kompost. Die Natur selbst gibt die Anleitung für die Entwicklung von Stoffen die 100% recycelt werden können. Kreislaufwirtschaft total bedeutet auch, die Energiegewinnung vollständig auf der Basis regenerativer Energien zu organisieren. Die Erfahrungen der Umweltbewegung zeigen, dass Umwelt- und Klimaschutz gegen den Widerstand der vorherrschenden politischen und ökonomischen Interessen durchgesetzt werden müssen. Wir unterstützen deshalb Initiativen und Bewegungen, die gegen die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen aktiv sind. Wir fördern und unterstützen den Gedanken ihrer weltweiten Vernetzung.

Vorstand und Sitz des Vereins

Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz e.V.
Schmalhorststr. 1c
45899 Gelsenkirchen

Nebengeschäftsstelle:
Brahmsstr. 9
37085 Göttingen

email: info@total-recycling.org
Internet: www.total-recycling.org
Telefon: 0209 – 88 33 63 30
Fax: 0209 – 88 33 63 39

Geschäftsführender Vorstand:
Prof. Dr. Christian Jooß (1. Vorsitzender), Jochen Schaaf (2. Vorsitzender), Dieter Grünwald (Schatzmeister)
Geschäftskonto des Vereins:
Sparkasse Gelsenkirchen, (BLZ 42050001),
Konto-Nr. 130058009.

V.i.S.d.P:

Prof. Dr. Christian Jooß, Göttingen

Gedruckt auf recyceltem Papier.

Bildnachweis:

S. 3 unten: Laternenumzug zur Castorblockade 2011, Annett Melzer CC 3.0 (<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/>)

S. 5 unten links: M. Ashby, Materials and the Environment, 2009

S. 14 unten rechts: Mikenorton CC 3.0 (<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de>)

Liebe Leserinnen und Leser,

die Finanzkrise beherrscht die Schlagzeilen, nicht die Umwelt- und Klimakrise. Zwei- bis dreistellige Milliardenbeträge werden in Nachtsitzungen bereit gestellt. Keiner der Beteiligten weiß, mit welchem Ergebnis. Seit Kyoto 1992 wird erfolglos über die Reduzierung der Treibhausgase verhandelt. Dabei wären Kosten bei einer Einigung über wirkungsvollen Klimaschutz erheblich geringer, als die finanziellen Schäden der Finanzkrise und vor allem wäre das Ergebnis sicher. Die Erde als Lebensraum für ihre Bewohner könnte erhalten werden. Es bleiben 10 – 15 Jahre, die Treibhausgasemissionen weltweit drastisch (80%) zu reduzieren, damit das Schlimmste verhindert werden kann. Beim momentanen Tempo der Freisetzung von CO₂, droht nach Einschätzungen von Klimaexperten eine Erhöhung der durchschnittlichen Erdtemperatur bis 2100 um bis zu 6,5 Grad. Die Politik ignoriert die drohende Gefahr dieser Klimakatastrophe.

In der Bevölkerung wächst das Bewusstsein über die Wichtigkeit von Umwelt- und Klimaschutz. Die große Mehrheit will einen schnellen Ausbau der regenerativen Energien. Eine Umfrage durch TNS Emnid ergab, dass 91 % der Befragten Solarstrom für wichtig halten. Die Bundesregierung

verhindert aber mit ihrer Ablehnung der weiteren Solarförderung einen schnellen Umstieg und ist verantwortlich, wenn Tausende ihre Arbeitsplätze verlieren. Auch die Mittel zur Förderung regenerativer Projekte werden massiv gekürzt. Unser Verein unterstützt die Proteste gegen diese Politik und fordert unbedingten Vorrang für den Ausbau der regenerativen Energien.

Ermutigend sind die Proteste gegen klima- und umweltzerstörende und die Gesundheit gefährdete Großprojekte bei uns und international. Der Widerstand gegen AKWs und S 21 geht weiter, in Frankfurt, Berlin und anderen Städten wehren sich Betroffene gegen Fluglärm. Es gibt Bürgerinitiativen gegen Fracking oder das CCS. In den Auseinandersetzungen zeigt sich, dass die Bedürfnisse der Menschen in einem gesunden Umfeld leben zu können, die Natur und ihre Ressourcen und das Klima zu schützen mit einer Wirtschaftsordnung kollidieren, in der es nur um den größtmöglichen Gewinn geht.

Aus den Reihen unseres Vereins wird der Vorschlag unterstützt, eine Umweltgewerkschaft aufzubauen (S.25). Die Protestbewegungen sollten sich



zusammenschließen, – in den Betrieben muss die Umweltfrage eine viel größere Rolle spielen – um noch größere Wirkung zu erzielen. Sie sollten sich als Teil einer nationalen und internationalen Umweltbewegung verstehen. Ein Erfahrungsaustausch und eine Zusammenarbeit auch international ist notwendig. Wer wenn nicht die Betroffenen kann diesen Planeten noch vor dem Kollaps retten?

Jochen Schaaf, 2. Vorsitzender



Lebenszyklusanalyse von Materialien: ein wichtiger Ansatz für Kreislaufwirtschaft

Es ist eine sehr spannende und komplexe Aufgabe, den Lebenszyklus von Materialien in der Produktionskette zu verfolgen. Bei jedem Schritt, beim Transport und bei der Nutzung wird Energie verbraucht, welche sich zu einer Gesamtenergiebilanz akkumuliert. Die Analyse dieser Lebenszyklen ist eine neue interdisziplinäre Richtung in der Materialwissenschaft, die von enormer Bedeutung für den Aufbau einer umfassenden Kreislaufwirtschaft ist.

Die heutige Form der Industrialisierung ist auf lineare Produktionsketten ausgerichtet (Abb. 1). Aus Rohstoffen, die aus natürlichen Vorkommen gewonnen werden entstehen Materialien, die in Produkten - seien es Konsumgüter oder auch Maschinen und Produktionsmittel - verarbeitet werden. Nach ihrer Benutzung landen sie meist im „Abfall“. Dabei ist „Abfall“ ein unwissenschaftlicher Begriff, da man Stoffe und Produkte nicht beseitigen, sondern nur umwandeln kann. Aber auch bei der Produktion werden „Abfälle“ in Form von Emissionen in die natürlichen Kreisläufe der Natur gebracht. Die heutige Form unserer fossilen Energieversorgung basiert überwiegend auf der Umwandlung wertvoller Kohlenstoffverbindungen (Kohle, Erdöl, Erdgas) in wertloses CO₂, welches sich als Treibhausgas in der Atmosphäre anreichert.

Diese lineare Form der industriellen Produktion muss ersetzt werden durch eine umfassende Kreislaufwirtschaft, welche die Stoffkreisläufe schließt, den Raubbau an natürlichen Ressourcen stoppt und die Vergiftung der Biosphäre beendet. Ein wichtiges Instrument für eine umfassende Kreislaufwirtschaft ist die vollständige Lebenszyklusanalyse LCA (aus dem Englischen: Life Cycle Assessment). Sie verfolgt und analysiert den Gesamtprozess der Herstellung eines Produkts mit allen

Rohstoffen, Energieaufwand, Zwischenprodukten, Emissionen bis zur Nutzung und der Wiedernutzung in verschiedenen Varianten, z. B. Recycling. Sie erstellt damit eine Gesamtmaterial-, Energie- und Umweltbilanz einer Produktion.

In Tabelle 1 sind als Beispiel einige Grunddaten für eine LCA der Produktion von Aluminiumlegierungen zusammengestellt. In Wirklichkeit ist eine LCA ein unendlicher Prozess der immer genaueren Erfassung aller notwendigen Bestandteile der materiellen Produktion. Deshalb muss auch der Aufwand für die Errichtung der Aluminiumgießerei, die Herstellung der Öfen für die Gießerei, für die Herstellung der LKWs, welche die Aluminiumverbindungen transportieren, bis hin zum Bau der Kraftwerke für die Elektrizitätsversorgung der Öfen anteilmäßig erfasst werden. Ebenso alle Auswirkungen auf die Umwelt und der Aufwand, die entstandenen Umweltschäden wieder zu reparieren. In der unendlichen Verknüpfung aller Seiten muss man Wesentliches von Unwesentlichen trennen. Aus Tabelle 1 für die Aluminiumproduktion geht hervor, dass der größte Energie- und Materialaufwand bei der Gewinnung von metallischen Aluminium aus Bauxit steckt. Weltweit geht ca. 5% der erzeugten elektrischen Energie in die Aluminiumherstellung. Durch Recycling von Aluminium lassen sich 95% der Energie und der CO₂ Emissionen im Vergleich zur Neugewinnung einsparen.

Die Angaben über den Anteil des weltweit recycelten Aluminiums schwanken zwischen 42% und 70% (Recycling Rates of Metals, Statusreport, UNEP, 2011). Generell gibt es wenig zuverlässige Angaben über den Anteil der weltweit recycelten Rohstoffe. Statt einer Reduktion des Ressourcenverbrauchs, wird der Verbrauch durch künstlich erzeugte Nachfrage gesteigert. Eine Methode ist die bewusste Verkürzung der Lebenszeiten (Obsoles-

Aluminium Legierungen (2009)	
Weltproduktion	34 Millionen t / Jahr
Reserve	22 Milliarden t
Alu Herstellung aus Bauxit:	
Kumulierter Energieaufwand	200-240 MJ/kg
CO ₂ Freisetzung	11-13 kg/kg
Wasserverbrauch	125-375 l/kg
Weiterverarbeitung:	
Energieaufwand Gießen	2,4-2,9 MJ/kg
CO ₂ Freisetzung	0,14-0,17 kg/kg
Energieaufwand Verformung	2,4-2,9 MJ/kg
CO ₂ Freisetzung	0,19-0,23 kg/kg
Recycling:	
Energieaufwand	18-21 MJ/kg
CO ₂ Freisetzung	1,1-1,2 kg/kg
Recyclingquote international	Ca. 33-55%

Tabelle 1: Grunddaten für den Lebenszyklus bei Aluminium-Verbindungen. Energie in Megajoule (MJ). Quelle: M. Ashby, Materials and the Environment, 2009.

zenz) von Produkten. Andere Methoden: Steigerung des Konsumverhaltens durch Modeprodukte und durch Aufblähung von unnützer Produktion, wie Verpackungen oder Wegwerfartikeln.

In einigen Bereichen hilft die Lebenszyklusanalyse Firmen Rohstoffe und Energie zu sparen und damit ihre Profite zu erhöhen. In Deutschland sind erste rudimentäre Schritte einer Lebenszyklusanalyse in den Ökobilanzen von Firmen nach Norm ISO 14040 enthalten. Diese „Ökobilanz“ kann jedoch auch für „Greenwashing“ missbraucht werden und ist kein Ersatz für eine vollständige LCA im Sinne einer totalen Kreislaufwirtschaft. Im besten Falle vermindert sie einige Umweltschäden, setzt aber nicht auf die positive Festlegung eines integrierten Produktionsprozesses, in dem sämtliche Stoffkreisläufe bewusst in der Einheit von Mensch und Natur organisiert werden. Dazu würde notwendigerweise auch eine exakte Analyse der Stoffströme nach der Nutzung von Produkten gehören. Der umfassende Aufbau einer Recyclingindustrie mit einer umfassenden Organisation der Materiallebenszyklen in Kreisläufen erfordert eine Globalsteuerung der Produktion. Dies widerspricht einer Produktionsweise, die nur auf die kurzfristige Maximierung von Profiten orientiert ist, während Kosten externalisiert und auf die Gesellschaft abgewälzt werden. Es sollte darüber nachgedacht werden, wie eine Gesellschaft aussieht, die eine volkswirtschaftliche Gesamtrentabilität der Produktion verwirklichen kann.

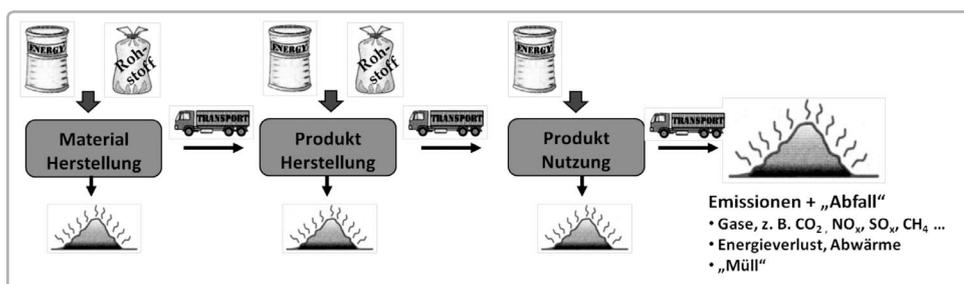


Abbildung. 1: Lebenszyklus von Materialien in einer linearen Produktionskette: Vom Raubbau an Rohstoffen hin zum Abfallberg. Dies ist die Hauptform der kapitalistischen Industrialisierung, in der die Optimierung der Produktivität des Einzelprozesses für Profitmaximierung im Mittelpunkt steht.

total

Diesel-, Wasserstoff- oder Elektroautos? Ein Beispiel einer Lebenszyklusanalyse

In der Automobilindustrie entwickelt sich die Diskussion um die beste Zukunftstechnologie basierend auf erneuerbaren Energien. Benzin- oder Dieselaautos verbrennen einen fossilen Energieträger und produzieren neben Giftstoffen und Feinstäuben auch das Treibhausgas CO_2 . Der Verkehrssektor trägt mit ca. 17-20% zur Emission von Treibhausgasen bei. Neben dem Ausbau des energie sparenden öffentlichen Verkehrs und der Vermeidung unnötiger Transporte, ist die Antwort beim Individualverkehr: Elektroautos, basierend auf erneuerbaren Energien. Aber wie soll die Energie gespeichert werden? Mit Wasserstoff, der mittels einer Brennstoffzelle in elektrische Energie umgewandelt werden kann? Oder ist die direkte Speicherung von elektrischer Energie in leistungsfähigen Batterien, wie die Lithium-Ionen-Batterien (Li-Ionen-Batterien) das Allheilmittel? Tatsächlich sind die direkten Wirkungsgrade in der Speicherung von elektrischer Energie in Batterien mit mehr als 95% viel größer, als die der Umwandlung in Wasserstoff mittels Elektrolyse (bis zu 80%) und der Rückumwandlung in elektrische Energie mittels einer Brennstoffzelle (bis zu 65%). Dies würde zu einem Wirkungsgrad der Speicherung elektrischer Energie in Form von Wasserstoff von nur 30% - 50% führen. Es ist jedoch eine umfassendere Betrachtung notwendig.

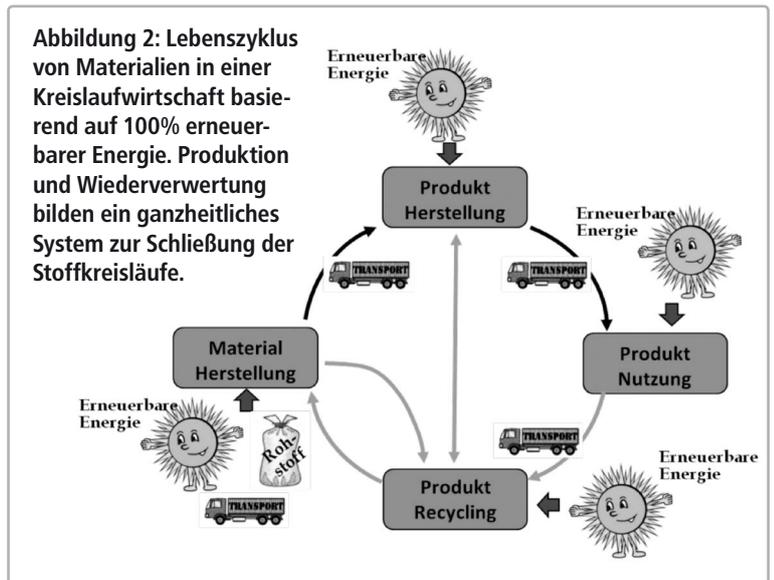
Bei den Batterien sind im Moment die Li-Ionen Akkus in Punkto Speicherdichte (Energie pro Gewicht) führend. Allerdings hat ein Li-Ionen Akku für einen

Mittelklasse-PKW mit 250 km Reichweite ein Gewicht von mehr als 900 kg. Für die Herstellung eines Akkus werden große Mengen an Rohstoffen benötigt: Kupfer, Mangan, Lithium-Salze (siehe Abbildung 3). Auch für die Herstellung von Brennstoffzellen werden

Gold, Platin und Kupfer benötigt. Darüber hinaus Polymere, Binder, Kunststoff. Der Gesamtenergie- und Materialaufwand für die Herstellung des Li-Ionen Akkus ist jedoch etwa 5 mal so groß, wie der für die Herstellung einer Brennstoffzelle - bei gleicher Leistung.

Die Untersuchung der gesamten Energie- und Materialbilanz (siehe Tabelle 2) zeigt, dass eine Antwort auf die Frage Elektro- oder Brennstoffzellenauto nicht ja oder nein heißen kann. Beide Konzepte sind sinnvoll, wenn sie richtig entwickelt werden. Bei der heutigen Struktur der Energieversorgung in der EU und der Annahme, dass Wasserstoff aus Erdgas gewonnen wird, haben Brennstoffzellenautos und Elektroautos eine deutlich bessere Energie- und CO_2 -Bilanz pro gefahrenem km als herkömmliche Fahrzeuge. Bei einer Elektrizitätsversorgung voll-

Abbildung 2: Lebenszyklus von Materialien in einer Kreislaufwirtschaft basierend auf 100% erneuerbarer Energie. Produktion und Wiederverwertung bilden ein ganzheitliches System zur Schließung der Stoffkreisläufe.



ständig aus erneuerbaren Energien wie Windkraft, Photovoltaik, Wellenenergie, Geothermie und Methan aus Bioabfällen, ist die akkumulierte Gesamtenergie pro gefahrenem km nur noch 1/3 hoch wie bei Dieselaautos. CO_2 würde dann nur noch in kleinen Mengen bei der Verhüttung von Metallerzen entstehen. Durch Aufbau eines umfassenden Recyclingsystems für Autos inklusive Brennstoffzelle oder Li-Ionen-Akkus, könnte die akkumulierte Energie und der CO_2 Ausstoß noch weiter gesenkt werden.

Das Brennstoffzellenauto hat gegenüber dem Elektroauto mit Akku vor allem den Vorteil des geringeren Gewichts, des geringeren Materialverbrauchs und einer viel größeren Reichweite.

Verbesserungen können vor allem durch Steigerung der Wirkungsgrade mittels besserer Katalysatoren und eine bessere Wasserstoffspeicherung erzielt werden. Im Vergleich dazu hat die Li-Ionenbatterie Vorteile im hohen Wirkungsgrad bei der Speicherung der elektrischen Energie. Verbesserungen müssen hauptsächlich in der Zahl der Speicherzyklen und durch Gewichtsreduktion erzielt werden. Der große Energie- und Rohstoffeinsatz bei der Herstellung von Elektroautos macht ohne vollständiges Recycling keinen Sinn. Beide Technologien – Wasserstoff/Brennstoffzelle und Elektroauto/Akku sind wichtige Technologien der Kreislaufwirtschaft und dürfen nicht gegeneinander gestellt werden. Die Lebenszyklusanalyse zeigt heute schon ihre enormen Vorteile gegenüber den Diesel- und Benzinfahrzeugen. Obwohl es noch viel Potential für Verbesserungen gibt, können diese Technologien sofort breit eingeführt werden. (Fortsetzung auf nächster Seite...)

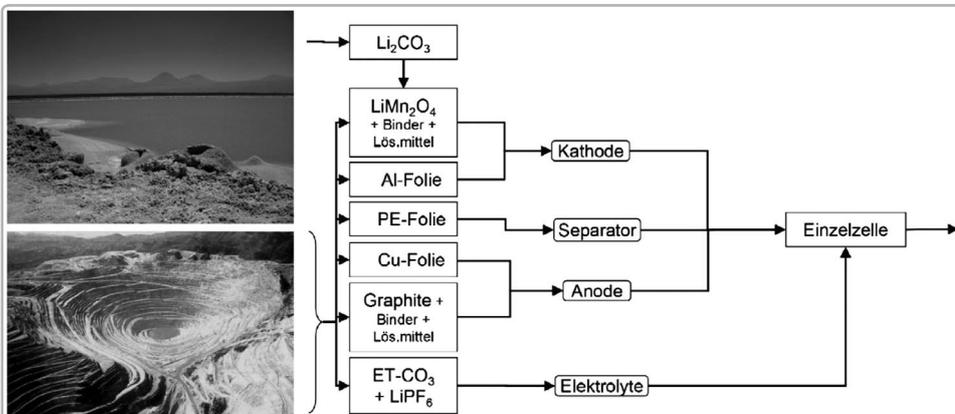


Abbildung 3: Schematische Darstellung wesentlicher Schritte der Prozesskette der Herstellung von Li-Ionen-Batterien. Lithiumsalze werden z. B. aus den Salzseen Chiles gewonnen und zu Lithium-Mangan Verbindungen verarbeitet. Kupfer und andere Metalle werden im großen Stile im Tagebau gewonnen. Für die Herstellung einer Li-Ionen-Batterie wird fast dreimal so viel Energie eingesetzt, als sie in ihrer Lebenszeit von ca. 1000-2000 Ladezyklen speichern kann. Der Aufbau von Recyclingverfahren kann mehr als 80% der in der Herstellung eingesetzten Energie und 100% der eingesetzten Rohstoffressourcen einsparen.

Mittelklassewagen	Diesel	Brennstoffzelle	Li-Ionen
Gewicht Motor 75 kW	90 kg + Getriebe + Nebenaggregate	45 kg Elektromotor	45 kg Elektromotor
Leergewicht Tanksystem	50 kg	Bis zu 125 kg bei flüssig H ₂ Tank	900 kg Li-Ionen Akku
EU Strommix 2007. Erneuerbar: 22%, Fossil: 78%			
Energie Material	0.3 MJ/km	0.2 MJ/km	0.9 MJ/km
Energie Betrieb	8 MJ/km	2.5 MJ/km	1.8 MJ/km
Energie Treibstoffherstellung	1.3 MJ/km	1.8 MJ/km (Gas) 3 MJ/km (Flüssig)	3.3 MJ/km
Gesamtenergie	9.6 MJ/km	4.5-4.2 MJ/km	6 MJ/km
Gesamt CO ₂ Emissionen	740 g/km	250-330 g/km H ₂ aus Erdgas	270 g/km EU Strommix 2009
Szenario bei 100% erneuerbarer Elektrizitätserzeugung			
Energie Material	0.3 MJ/km	0.2 MJ/km	0.9 MJ/km
Energie Betrieb		1 MJ/km	0.7 MJ/km
Energie Treibstoffherstellung		1.2 MJ/km (Gas) 2 MJ/km (Flüssig)	1.1 MJ/km
Gesamtenergie 100% erneuerbar		2.4-3.2 MJ/km H ₂ aus Wind/PV	2.7 MJ/km Strom aus Wind/PV
Gesamt CO ₂ Emissionen		< 30 g/km	< 30 g/km

Tabelle 2: Vergleich des Energieverbrauchs (in Megajoule MJ pro km Fahrleistung in der Gesamtlebenszeit des PKW) bei Herstellung, Betrieb und Treibstoffherstellung für einen Mittelklasse PKW mit Dieselmotor oder Elektromotor mit Brennstoffzellentechnik oder Li-Ionen Batterie als Energiespeicher mittels LCA. Die Daten beim Dieselfahrzeug sind grob mit denen von Benzinfahrzeugen vergleichbar.

Fortsetzung von Seite 5:
werden, in Verbindung mit einer Energieversorgung auf der Basis von 100% erneuerbarer Energien. Es ist für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen von ausschlaggebender Bedeutung, dass sich die Kolleginnen und Kollegen in den Automobilbetrieben gemeinsam mit der Umweltbewegung für diese Zukunftstechnologien einsetzen.

Prof. Dr. Christian Jooß,
Universität Göttingen

Daten: Baptista et al, Energy Policy 39 (2011) 4683 und für 100% erneuerbare Energien Szenario eigene Berechnungen.

Mobilfunkprotest in Stuttgart-West

„So hohe Strahlungswerte habe ich noch nirgendwo gemessen!“
Gutachter Dr. Peter Nießen, EMF-Institut

Seit sechs Jahren kämpft die Bürgerinitiative Mobilfunk Stuttgart-West gegen einen Mobilfunkmasten. Inzwischen geht es ihr nicht mehr nur um einen Masten, sondern um eine Aufklärung und Strahlenminimierung in ganz Stuttgart. Die Warnungen der Bürgerinitiative vor den Gesundheitsgefahren durch Mobilfunkstrahlung wurden inzwischen vielfach bestätigt:

Die Weltgesundheitsorganisation stuft Mobilfunkstrahlung im Mai 2011 als

„möglicherweise krebserregend“ ein, in dieselbe Kategorie wie DDT, Chloroform, Pilzgifte, Blei und Autoabgase. Der Europarat fordert auch im Mai 2011 eine Wende hin zu konsequenter Vorsorge beim Mobilfunk. Die europäischen Regierungen werden aufgefordert, alles Erdenkliche zu tun, um die Strahlenbelastung durch elektromagnetische Felder zu reduzieren, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen wegen des Hirntumorrisikos. Sofortmaßnahmen werden vorgeschlagen wie Aufklärungskampagnen für Kinder und Jugendliche, eine Handyerziehung mit dem Ziel, den Gebrauch strikt einzuschränken, ein WLAN-Verbot

an Schulen, eine Senkung der Grenzwerte und eine sofortige Vorsorgepolitik. Die nationalen Regierungen nehmen dies nicht zur Kenntnis.

Verstrahlte Zone Gebiet Vogelsang

Die Proteste der Bürgerinitiative haben dazu geführt, dass die evangelische Gesamtkirchengemeinde, auf deren Gebäude der Sendemast steht, das Gebiet um die Pauluskirche ausmessen lässt. Man kann es als Zeitbombe bezeichnen, was nun bei aufwendigen Messungen im Stuttgarter Westen herausgekommen ist.

Das Gutachten deckt auf: Das Gebiet ist eine verstrahlte Zone mit Extremwerten. Auf Balkonen und in Wohnungen wurden Werte bis zu 543 000 µWatt/m² gemessen. Der BUND fordert die Einhaltung von 100 µWatt/m² als Gefahrenabwehrstandard, in Wohnungen sollen 1 µWatt/m² nicht überschritten werden!

Das vernichtende Urteil des Gutachters für den Stuttgarter Westen: „Dass es sich hier um ungewöhnlich hohe Immissionen handelt, zeigen nicht nur viele vergleichbare Messungen des EMF-Institutes, bei denen in keinem Fall Immissionen in dieser Höhe aufgetreten sind.“

Warum waren diese Werte bisher nicht bekannt? Im Gegensatz zu fast allen vorherigen Messungen wurde dort gemessen, wo die Menschen wohnen und der Hauptstrahl auftrifft. Die Bundesnetzagentur hatte in Messungen, die die

Mobilfunkvorsorgekonzept: Das wollten die GRÜNEN und die SÖS/LINKE im Gemeinderat durchsetzen

1. Die Stadt Stuttgart erstellt auf Grundlage des bestehenden Senderstandorte ein Strahlenkataster über die von Mobilfunksendeanlagen ausgehende Strahlenbelastung im Stadtgebiet Stuttgart.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Mobilfunkvorsorgekonzept zur Eindämmung der unkontrolliert zunehmenden Strahlenbelastung zu erstellen.
3. Die Stadtverwaltung initiiert ein Modellprojekt zur Testung neuer Prinzipien der Mobilfunkversorgung in Großstädten nach dem Prinzip der „Strahlenminimierung durch Vergleichmäßigung“.

Die Verwaltung wird beauftragt, dieses Projekt unter Hinzuziehung geeigneter Institute zur technischen, wissenschaftlichen und juristischen Begleitung durchzuführen.

a. Hierfür wird ein geeigneter Stuttgarter Stadtteil ausgewählt.

b. Diese Auswahl erfolgt in Abstimmung mit den Verbänden und Initiativen, die sich im Bereich des Schutzes vor elektromagnetischer Strahlung in Stuttgart engagieren.

c. Im Zuge des Vorsorgekonzeptes erarbeiten die damit beauftragten Fachleute Vorschläge zu anzusetzenden Richtwerten für die Strahlenbelastung in Anlehnung an Modelle, die in anderen europäischen Ländern zur Minimierung erprobt und praktiziert werden.

Stadt Stuttgart 2006 veranlasst hatte, nur in einer Normhöhe auf Straßenniveau gemessen, bewusst nicht in den belasteten oberen Stockwerken. Gelinde gesagt: es wurde getäuscht.

Was bedeuten diese Werte? Sie sind eine massive Gefährdung der Gesundheit. Aber nicht nur die von der WHO festgestellte Langzeitwirkung „möglicherweise krebserregend“ ist alarmierend. Neue Studien zeigen unmittelbare Einflüsse auf die Gesundheit durch die Dosis von Mobilfunkmasten. So heißt es in der Datenbank der Bundesregierung (EMF-Portal) zu den Ergebnissen der Selbitz – Studie: „Es wurde eine signifikante Dosis-Wirkungs-abhängige Korrelation zwischen den Beschwerden Schlafstörung, Depression, zerebrale Symptome, Gelenk-Beschwerden, Infekte, Haut-Veränderungen, Herz-Kreislauf-Störungen, Gleichgewichts- und Seh-Störungen sowie Magen-Darm-Beschwerden und der Wohnnähe zur Basisstation gefunden. Die Autoren erklären diesen Zusammenhang mit dem Einfluss von Mikrowellen auf das Nervensystem des Menschen.“

Die Forderungen der Bürgerinitiative: Dieser Mast muss sofort abgeschaltet wer-

den. Dafür braucht es politischen Druck. Die Topografie Stuttgarts legt aber nahe, dass solche Verstrahlungs - Werte überall vorhanden sind, in Stuttgart stehen über 700 Sendeanlagen. Deshalb haben die GRÜNEN in den Haushaltsberatungen den Antrag auf Gelder für die Erarbeitung eines Mobilfunkvorsorgekonzepts gestellt. Allen Gemeinderäten wurden von der Bürgerinitiative die Ergebnisse des Gutachtens vor den Haushaltsberatungen zugestellt. Die Verwaltung hatte den Antrag befürwortet. Auf Intervention von Bürgermeister Hahn wurde der Antrag abgelehnt. Es soll wohl verhindert werden, dass diese Verstrahlungssituation und Gesundheitsgefährdung in ganz Stuttgart auf die Tagesordnung kommt. Das akzeptiert die Bürgerinitiative nicht und führt ab März eine Protest- und Aufklärungskampagne durch.

*Peter Hensinger,
Bürgerinitiative Mobilfunk Stuttgart-
West, Vorstandsmitglied Diagnose-Funk
e.V.*



Mobilfunkmast in Stuttgart

Mehr Informationen auf den Internetseiten:

www.diagnose-funk.de
www.der-mast-muss-weg.de
www.mobilfunkstudien.de

Es gibt bisher keine Technologie, die ihren Weg so schnell und so umfassend in den Alltag der Menschen fand wie die Telekommunikation. Handys, Smartphones, Babyphones und DECT-Telefone sind omnipräsent. In nur 30 Jahren ist die Anzahl der Mobiltelefonnutzer weltweit von nahezu Null auf ungefähr fünf Milliarden angestiegen. Die Endgeräte und Mobilfunkmasten emittieren nichtionisierende Strahlung, an die unser Organismus nicht angepasst ist. Seit Mitte der 90er Jahre leben wir alle in einer Elektromogwolke. Unsere Kinder und Jugendlichen sind die erste Generation, die lebenslang dieser technisch erzeugten Strahlung ausgesetzt sind. Die russische Strahlenschutzkommission (RNCNIRP) schlug im April 2011 Handyalarm: Besorgniserregend sei die immense Zunahme von Erkrankungen der letzten 10 Jahre besonders bei Kindern und Jugendlichen. Die Erkrank-

kungen des Zentralnervensystems von Jugendlichen seien um 85% gestiegen, Bluterkrankungen und Immunsystemstörungen um 82%, Epilepsie oder epileptischen Erkrankungen um 36 %, Neurologische Störungen um 58% und geistige Entwicklungsverzögerungen um 11%.

In Deutschland werden die Folgen bewusst nicht untersucht. Das Informationsmonopol über die Wirkungen dieser Strahlung liegt bei der Industrie, vor allem beim Informationszentrum Mobilfunk (IZMF), der gemeinsamen Werbezentrale der Mobilfunkbetreiber. Mobilfunkgefahren? Angstmache, sagt die Industrie. Sie will ihre Produkte verkaufen. Der Staat ist über die Telekom selbst am Geschäft beteiligt. Für 50 Milliarden Euro Lizenzgebühren hat die Regierung im Jahr 2001 unsere Gesundheit verkauft. Die Produkte der Mobilfunkindustrie dürfen ohne Prü-

fung ihrer Gesundheitsschädlichkeit eingeführt werden. Das ist ein einmaliger Vorgang. Da verwundert es nicht, dass die Versicherungsgesellschaften keine Haftung für Strahlungsschäden übernehmen.

Den Entwarnungen und Gefälligkeitsgutachten stehen Warnungen kompetenter Institutionen gegenüber. Die WHO hat die Mobilfunkstrahlung im Mai 2011 als „möglicherweise krebserregend“ eingestuft. Die Österreichische Ärztekammer, der Europarat und die Europäische Umweltagentur schlossen sich den Warnungen an und fordern eine Vorsorgepolitik. Diese Warnungen beruhen auf einer umfangreichen Forschungslage. Angesichts der Erkenntnisse über die Risiken der Mobilfunktechnologie trifft zu, dass gegenwärtig das größte biophysikalische Experiment der Menschheitsgeschichte abläuft – und dies mit ungewissem Ausgang.

Wertstofftonne – kommunal oder privat?

Die Europäische Union erließ im Jahr 2008 eine Rahmenrichtlinie zur Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) (2008/98/EG) die vorschreibt, dass jedes Land der EU bis zum Dezember 2010 ein Gesetz auf den Weg bringen muss, das gemäß den Wünschen der EU die Abfallverwertung und -entsorgung regelt. Dies bringt Konsequenzen mit sich, die für jeden Steuerzahler deutlich zu spüren sein werden, wenn die Kommunen nicht für ihre Verwertungs- und Entsorgungsrechte kämpfen, und die zudem enorme Auswirkungen auf die Weiterentwicklung des Wertstoff-Recyclings haben werden. Die deutsche Bundesregierung wollte die Richtlinie nutzen, um eine Privatisierung der Abfallverwertung durchzusetzen, die vor allem den lukrativen Anteil der Abfallbehandlung der freien Wirtschaft zugänglich macht. Dazu soll die Wertstofftonne eingeführt werden, die in manchen Bezirken bereits getestet wird, und neben den Inhalten des Gelben Sacks auch Elektrokleingeräte, Metalle, Nicht-Verpackungskunststoffe und Textilien aufnehmen soll. Für den Bürger wäre es eine einfache Sache – statt der Fahrt zum Recyclinghof einfach Klappe auf und den Abfall in die Orange Tonne, oder auch „O-Tonne“, wie sie in Hannover getauft wurde.

Was auf den ersten Blick wie eine recyclingpolitisch wünschenswerte Entwicklung aussieht, entpuppt sich für die Kommunen als finanzieller und ökologischer Abfallalbtraum:

Da die Abfallwirtschaft zum Bereich der Daseinsvorsorge der Kommunen zählt, sind diese dafür verantwortlich, dass anfallender Abfall rechtmäßig entsorgt wird. Abfälle, die nicht durch Recycling verwertet werden, müssen vor der Deponierung „vorbehandelt“ werden:

Ungefähr ein Viertel des gesamten Hausabfalls landet in Müllverbrennungsanlagen (MVA), die Rückstände, die ca. 40% des Gewichts des ursprünglichen Abfalls ausmachen, werden meist in Bergwerken als Sondermüll gelagert. Zusätzlich zur



Müllverbrennung werden Abfälle soweit möglich durch biologisch-mechanische Behandlung und Kompostierung behandelt.

Durch die Privatisierung der Abfallentsorgung wird nun das Recht der Kommunen beschnitten, die rohstofflich wertvollen Abfälle zur Deckung der Entsorgungskosten zu nutzen. Nach Wünschen der Bundesregierung sollen auch private Unternehmen die Erlaubnis bekommen, die Inhalte der Wertstofftonne zu verwerten. Die Konsequenzen dieser Privatisierung liegen im drastischen Anstieg der Abfallgebühren um schätzungsweise 100%, einhergehend mit dem Verlust von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und der drohenden Schließung der kommunalen Abfallbetriebe. Zudem kommt es zu einer ausgeprägten Abhängigkeit der Kommunen und damit letztendlich der Bürgerinnen und Bürger von den privaten Entsorgungsunternehmen.

Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung stieß im Mai 2011 auf Widerstand im Bundesrat, so dass fortan in einem Vermittlungsausschuss über das Gesetz beraten wurde. Im Dezember 2011 wurden durch diesen Ausschuss die Inhalte des Gesetzesentwurfs überarbeitet, am

29. Februar 2011 kam dann die Verabschiedung des Gesetzes, so dass das neue KrWG am 01.06.2012 in Kraft tritt.

Die Privatisierung wurde nicht ausgeschlossen, doch noch ist die Wertstofftonne auch nicht im Gesetz verankert, ihre Einführung soll erst zum Jahr 2015 erzwungen werden.

Jede einzelne Kommune sollte sich nun entscheiden, wie sie der Situation entgegenzutreten will. Doch jeder ist seines Glückes Schmied – würden Kommunen auf eigene Faust die Einführung der Wertstofftonne herbeiführen und ein funktionierendes System unter kommunaler Entsorgungsherrschaft etablieren, ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine nachfolgende Privatisierung gestattet wird, erheblich geringer.

Fraglich ist, ob das KrWG den Erwartungen entspricht, die durch die EU-Richtlinie zum KrWG gestellt wurden. Dort ist eine eindeutige Prioritätensetzung zugunsten Wiederverwertung und rohstofflichem Recycling vorgesehen. Gleichzeitig wird jedoch der Müllverbrennung kein wirksamer Riegel vorgeschoben. Dies eröffnet den Spielraum für die deutsche Interpretation der Richtlinie, die weiterhin die Müllverbrennung als maßgebliche „Verwertungsmethode“ erlaubt, so dass weder rohstoffliches noch werkstoffliches Recycling gegenüber der Müllverbrennung gesetzlich bevorzugt wird.

Der vollständige Artikel findet sich unter www.total-recycling.de

Birte Riechers

Die Bürgerbewegung für Kreislaufwirtschaft – total ruft alle kommunalpolitisch aktiven Politiker und Politikerinnen, Bürger und Bürgerinnen und Bewegungen dazu auf:

Wehren Sie sich gegen die Privatisierung der Abfallentsorgung und Wertstoffsammlung

Treten Sie für die Einführung der Wertstofftonne durch die kommunalen Entsorgungsunternehmen in Verbin-

dung mit Recyclingverfahren wie dem Kryo-Recycling ein.

Fordern Sie von der Bundesregierung ein echtes Kreislaufwirtschaftsgesetz, welches die Müllverbrennung schrittweise verbietet und ein umfassendes System der Wiederbenutzung, der Wiederverwertung und des Recyclings aufbaut.

Für eine Wende zur umfassenden Kreislaufwirtschaft!

Kreislaufwirtschaft – eine Systemfrage

Ein „Kreislaufwirtschaftsgesetz“ suggeriert in Deutschland, dass Kreislaufwirtschaft Anliegen und Gegenstand staatlichen Umweltrechts ist. Jede Stadt hat heute einen „Recyclinghof“. Die Recyclingquote wurde für einige Stoffe auch tatsächlich in den letzten Jahren erheblich verbessert, sie liegt bei Papier bei 83% und bei Glas bei 82%.

Mindestens 20% der in der „gelben Tonne“ gesammelten Kunststoffe werden aber verbrannt¹. Ein weiterer Teil des Kunststoffs landet im „Downcycling“. Sowohl beim Metallschrott wie auch beim Altpapier bereiten die aufgebrauchten Lacke, Farben und Lösungsmittel erhebliche Probleme. Ein Großteil des Dioxin-Ausstoßes der Stahlwerke geht auf die Verhüttung von lackierten Schrottteilen zurück.

In die genannten Zahlen geht der industrielle Verbrauch noch gar nicht ein. Der Hausmüll macht nur den kleineren Teil der Gesamtmenge aus. Die Menge des Hausmülls nimmt ab, während der Gewerbemüll zunimmt. Nach Aussage von Hans-Peter Repnik, Vorsitzender des von Kanzlerin Merkel einberufenen „Rates für nachhaltige Entwicklung“, „importiert Deutschland Rohstoffe in rauen Mengen, um sie dann zu verschwenden (...). Die Experten empfehlen eine radikale Stärkung des Recyclings. Sogar ein abfallfreies Deutschland sei machbar.“ Laut Repnik werden pro Kopf der Bevölkerung im Jahr 40 Tonnen Rohstoffe verbraucht und großteils stofflich und energetisch vergeudet.² Das Buch „Morgenröte der Internationalen sozialistischen Revolution“³ arbeitet heraus, dass mit der Neuorganisation der internationalen Produktion seit den 1990er Jahren die Umweltkrise zur gesetzmäßigen Erscheinung der kapitalistischen Produktionsweise geworden ist. Die Überakkumulation von Kapital wurde chronisch. „Deshalb wurde die rücksichtslose Ausbeutung der Naturressourcen als eine Quelle des Reichtums auf einem Niveau der systematischen und allseitigen Zerstörung der lebensnotwendigen Einheit von Mensch und Natur erstmals zu einem ökonomischen Zwang; anders konnte das allein herrschende internationale Finanzkapital keine Maximalprofite

mehr verwirklichen.“ (S.191) Massenproduktion, die Überschwemmung der Märkte mit Waren von zweifelhaftem Wert und geplanter Obsoleszenz, Energie- und Rohstoffverschwendung, rücksichtsloser Raubbau an den begrenzten Rohstoffvorkommen, sind einige der hierfür kennzeichnenden Symptome. Das Kryorecycling-Verfahren als Alternative zur Müllverbrennung würde in Verbindung mit biologisch-mechanischen Anlagen eine wichtige Lücke in der Kreislaufwirtschaft schließen – es wird seit Mitte der 90er Jahre in der Form unterdrückt, dass es keinerlei öffentliche Unterstützung für die Errichtung einer Pilotanlage gibt und das Verfahren von staatlichen Stellen permanent mit Falschaussagen diskreditiert wird.

Eine wirkliche Kreislaufwirtschaft erfordert die Umgestaltung der Produktion. Produkte müssen so hergestellt werden, dass sie wieder vollständig recycelt werden können. Qualität statt Wegwerfartikel. Künstliche- und Giftstoffe dürfen nicht verwandt werden. Ein schonender und nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen schließt den Raubbau und die Zerstörung der natürlichen Umwelt aus. Das gesellschaftliche Interesse nach Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen in Einheit mit der Natur muss die jetzige Produktionsweise ersetzen, in der das kurzfristige Interesse nach möglichst hohem Profit und Marktbeherrschung im Vordergrund steht.

„In der gesellschaftlichen Produktionsweise des Sozialismus ist die Rentabilität der eingesetzten Investitionsmittel nur ein Kriterium, andere sind nicht weniger bedeutend: welche Produkte die Gesellschaft in welcher Menge und Qualität überhaupt benötigt, wie diese Produkte umwelt- und ressourcenschonend hergestellt werden können, wie weit sich an-

strengende körperliche Arbeit reduzieren lässt und ob die Produktionsverfahren gesundheitsverträglich sind, wie Einfluss auf das Wachstum der Bevölkerung genommen und eine Ernährung mit gesunden Lebensmitteln verwirklicht werden kann, wie sich überflüssiger Transportaufwand vermeiden und sich ein Menschen und Natur schonendes Verkehrswesen entwickeln lässt, wie sich die bereits stark deformierte natürliche Umwelt wieder erholen kann usw. usf. Eine umfassende Kreislaufwirtschaft mit einer dialektischen Einheit der Produktion und des Recyclings zur weitgehenden Schließung der Stoffkreisläufe erfordert einen neuen Typ der



MHKW Darmstadt: Verbrennung hat nichts mit Recycling zu tun. (Bild: Wikipedia)

Industrialisierung mit einer neuen Stufe der Integration der verschiedenen Produktions- und Rückgewinnungsprozesse. Das erfordert eine systemische Denkweise, die keine Konkurrenz, keine Effekthascherei und kein bruchstückhaftes Wissen und Handeln duldet. Das ist identisch mit der weltweiten Errichtung des Sozialismus, wo nicht länger Mehrwert und Akkumulation des Kapitals im Mittelpunkt stehen, sondern die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschheit in Einheit mit der Natur.“ (Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution, S.207)

Dr. med. Günther Bittel, Duisburg, umweltpolitischer Sprecher der MLPD und seit ihrer Gründung Mitglied der Bürgerbewegung

¹ Greenpeace-Magazin <http://www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=2577>

² <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,766230,00.html>

³ ISBN 978-3-88021-380-7, Stefan Engel, Verlag Neuer Weg 2011

Fukushima – Ablauf, Ausmaß und Schlussfolgerungen

Am 11.3. um 14:46 Uhr Ortszeit erschütterte das schwere Erdbeben der Magnitude 9,0 Japan. Ab 15:35 Uhr traf der verheerende Tsunami mit Wellen mit einer Höhe von 13 bis 15 Metern das Atomkraftwerk Fukushima. Nach den meisten Darstellungen wurden durch den Tsunami die Notstromgeneratoren unter Wasser gesetzt, der Ausfall der Energie für die Kühlung führte zur Katastrophe. Doch es war wohl so, dass das Desaster bereits durch das Erdbeben selbst begann.

Andreas Stohl (Norwegisches Institut für Atmosphärenforschung) und viele Co-Autoren veröffentlichten im November 2011 ihre Auswertung der Daten von Strahlungsmessstationen aus Japan und vielen Teilen der Welt¹. Danach gaste das radioaktive Isotop Xe-133 bereits unmittelbar nach dem Erdbeben aus den Reaktoren aus – noch bevor der Tsunami kam. Bereits vorher gab es Hinweise, dass die Nuklearkatastrophe bereits mit dem Erdbeben einsetzte. Im Juni 2011 kommentierte die Süddeutsche Zeitung dazu: „Das ist wichtig, weil Tepco bisher darauf besteht, der Meiler habe allen Gefahren standgehalten, für die er ausgelegt war. Damit könnten Tepco und die anderen Betreiber an ihrer Position festhalten, ihre anderen Kraftwerke seien sicher, sofern sie gegen Tsunamis geschützt würden.“ Weiter gäbe es Konsequenzen für die Schadensersatzpflicht von Tepco und anderen Betreibern. Die Reaktoren in Fukushima sind vom Typ Mark II von General Electric, und die US-Reaktoren werden vielfach vom gleichen Typ sein. Sie sind also nicht erdbebensicher. Fünf Atomreaktoren stehen im Einzugsbereich des San-Andreas-Grabens. Es ist dort mit hoher Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren mit sehr schweren Erdbeben zu rechnen.

Es folgt aus den Gesetzen der Physik, dass es nach Ausfall der Kühlung schon nach kurzer Zeit zur Kernschmelze kommen muss. Aus der Fachwelt bekamen wir das zuerst von Prof. Richard T. Lahey, Professur für Nukleartechnik, Rensselaer Polytechnic Institute, New York, bestätigt. Er ging davon aus, dass es in allen drei am Netz befindlichen Reaktoren zur Kernschmelze



kam und dass einer der Kerne bereits den Reaktordruckbehälter durchgeschmolzen hat. Die japanische Regierung und Tepco gaben es jedoch erst zwei Monate nach der Katastrophe zu. Inzwischen wissen wir, dass bereits nach 5 Stunden der erste von drei geschmolzenen Kernen mit höllischen Temperaturen den Reaktordruckbehälter verlassen hatte. Die japanische Regierung wusste vom ersten Tag an Bescheid und hat die Öffentlichkeit belogen.

In den Abklingbecken in den Reaktorgebäuden lagern abgebrannte Brennelemente, darunter befinden sich abgebrannte Mischoxid-Brennelemente mit großen Mengen an Plutonium. Diese konnten nicht immer gekühlt werden, es kam zu Bränden, und von den Abklingbecken ging die Explosion in Reaktor 4 aus. Mit den Abklingbecken ist die Gesamtmenge des radioaktiven Inventars in Fukushima ca. das 120fache des havarierten Reaktors Tschernobyl.

Ausmaß

Die Folgen der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki sind in Japan noch im Bewusstsein der Bevölkerung. Vor allem die Spaltprodukte, die aus der Kernspaltung entstehenden Radionuklide waren verantwortlich für die Langzeitfolgen – Krebs, Fehlgeburten, Geburt behinderter Kinder selbst noch in der zweiten

Generation. Prof. Koide, Japan, vergleicht daher das gegenwärtige Ausmaß mit Hiroshima. Bei dieser Atombombe wurden 800g Uran gespalten, mit verheerenden Folgen. In einem Atomreaktor fallen pro Jahr etwa eine Tonne an Spaltprodukten an. Bei der Katastrophe am 26.4.1986 in Tschernobyl wurde, verglichen zur Bombe von Hiroshima, etwa die 800-fache Menge an Spaltprodukten freigesetzt.

Nach Stohl et al wurden $3,5 \cdot 10^{16}$ Becquerel Cs-137 aus Fukushima freigesetzt¹, ca. die Hälfte von Tschernobyl und mehr als doppelt so viel wie die japanische Regierung zugibt. Die Ergebnisse von Stohl et al betreffen die Atmosphäre. Wie viel ins Meer freigesetzt wurde, wissen wir noch nicht. Vor allem die Verbreitung im Pazifik ist von langfristigen folgeschweren Konsequenzen.

Der Großraum Tokio mit 35 Millionen Menschen entging nur sehr knapp einer schweren Verstrahlung. In den ersten Tagen nach der Atomkatastrophe blies der Wind den Fallout hinaus auf den Ozean. Er drehte am 14. März und trieb nun die Radionuklide über Nordjapan. „Eine Zeit lang trieben große Mengen an Cs-137 am Himmel über Tokio hinweg, aber es regnete nicht“, so Stohl. „Es hätte also noch viel schlimmer kommen können.“ (zitiert aus spektrumdirekt, 26. 10. 2011).

Die Lage vor Ort

Eine Zone im Umkreis von 20 km wurde evakuiert, bis zu 30 km Umkreis wurde empfohlen das Gebiet zu verlassen. Die stark verseuchte Zone von 60-600 kBq/m² reicht sogar über den Umkreis von 80 km hinaus (Graphik aus nature).

Gemessen wurde hier Cs-137 als Leitnuklid. Es ist aufgrund seiner Halbwertszeit von 28 Jahren geeignet die langfristige Verseuchung zu bewerten. Zum Vergleich: Die Obergrenze für Wohngebiete liegt bei 3,7 kBq/qm für alle Radionuklide.

Zum Jahreswechsel 2011/2012 verkündete die japanische Regierung für die drei Reaktoren, die Temperatur sei unter 100 °C und es sei der Zustand einer „Kalten Abschaltung“. Wo diese Temperatur wohl gemessen wurde? Kurz darauf strafte ein erneuter größerer Ausbruch an Radioaktivität die japanische Regierung Lügen. Die Höllenhitze in den geschmolzenen Kernen wird noch bis zu 20 Jahren andauern. Alle drei Kerne sind derzeit dabei, sich durch zwischen 5 und 15 m dickes Betonfundament zu fressen. Wird einer oder mehrere Reaktorkerne den Reaktor-Betonboden durchbrechen und Kontakt mit dem Boden und Grundwasser erhalten, droht eine weitere Freisetzung radioaktiven Inventars in die Atmosphäre, als auch eine weiträumige Verseuchung des Grundwassers. Es ist noch nicht überstanden.

Schlussfolgerungen

Am 26. März 2012 ist in Japan von den ehemals 52 Reaktoren nur noch 1 am

Netz. Nach den japanischen Bestimmungen müssen die Bezirksregierungen nach turnusmäßigen Prüfungen die Betriebsgenehmigungen verlängern. Diese Verlängerungen wurden verweigert. Es ist Folge der Stimmung in der Bevölkerung. Anfang April 2012 wird Japan voraussichtlich atomkraftfrei sein. Die Lichter gingen nicht aus. Allerdings hat Japan eine Reihe fossiler Reservekraftwerke hochgefahren. Notwendig ist eine konsequente und schnelle Umstellung auf regenerative Energie.

Der Betrieb von Atomkraftwerken ist nicht nur in Erdbebengebieten verantwortungslos. Weltweit müssen alle Atomkraftwerke stillgelegt werden.

Es wird bereits offen darüber diskutiert, die iranischen Atomanlagen zu bombardieren. Dies aber käme einer ungeheuren Umweltkatastrophe gleich. Die Bombardierung einer Atomanlage kann gegenüber dem Abwurf einer Atombombe ein Vielfaches an Radioaktivität freisetzen. Es ist zu hoffen, dass die Weltöffentlichkeit das verhindern wird.

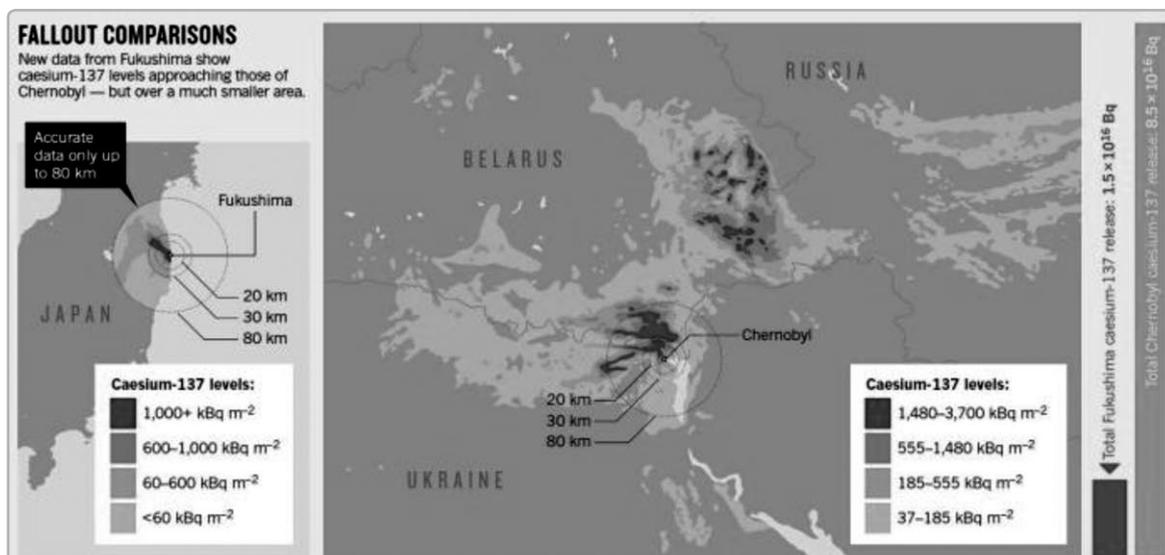
Prof. Dr. Josef Lutz, Universität Chemnitz

¹ Stohl et al, Atmospheric Chemistry and Physics 11, S. 28319–28394, 2011

² Süddeutsche Zeitung 09.06.2011

³ IEEE Newsletter, 31.3.2011

⁴ zitiert aus spektrumdirekt, 26. 10. 2011



CO₂-Emissionen: Massive Reduktion dringend erforderlich

Im Dezember 2011 richtete sich manch hoffnungsvoller Blick nach Durban (SA), wo die Teilnehmer der 17. UN-Vertragsstaatenkonferenz der Klimakonvention um die Nachfolgeregelung für das Kyoto-Abkommen zum Klimaschutz stritten. Allem internationalem Protest, etwa anlässlich des Weltklimatags zum Trotz und entgegen eindringlicher Mahnungen aus den Reihen der Wissenschaft, konnten dort freilich abermals keinerlei verbindliche Maßnahmen zur Senkung der Treibhausgas (THG)-Emissionen vereinbart werden. Nach zweiwöchigem Ringen traten die Teilnehmer mit dem Ergebnis an die staunende Weltöffentlichkeit, dass man auch zukünftig in Verhandlungen bleiben werde, um nun bis zum Jahre 2015 eine verbindliche Klimaschutzregelung zu verabschieden, die dann im Jahre 2020 (!) in Kraft treten solle. In einer offiziellen Stellungnahme begrüßt Bundesumweltminister Norbert Röttgen diesen Beschluss als einen „großen, wegweisenden Erfolg für den globalen Klimaschutz“ und vergisst groteskerweise auch nicht zu betonen, dass Klimaschutz keinen Aufschub dulde [BMU-Pressedienst Nr. 162/11]. Was den Herrn Minister jublieren lässt, kommentiert der renommierte Klimaforscher Stefan Rahmstorf (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung) diplomatisch als „eine riesige Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ (Interview: <http://www.taz.de/!83599/>). Er verweist darauf, dass die Wissenschaft detailliert vorgerechnet habe wie die weltweiten THG-Emissionen unverzüglich und drastisch sinken müssten, um zumindest das Minimalziel einer auf +2°C begrenzten globalen Erwärmung zu erreichen. „Daraus ergibt sich zwingend, dass wir nicht auf dieses Abkommen warten können“, so seine Schlussfolgerung.

Tatsächlich ist der Beschluss der Durban-Konferenz dazu angetan, jegliche Diskussion um das viel beschworene 2°C Ziel ad absurdum zu führen. Ein weiteres Jahrzehnt unreglementiert steigender THG-Emissionen wird schlichtweg vollendete Tatsachen schaffen. Nachdem die tiefe Weltwirtschaftskrise der Jahre 2008/09 lediglich zu einer Stagnation der CO₂-Emissionen auf hohem Niveau führte, setzte das Rekordjahr 2010 mit einem globalen Gesamtausstoß von 33 Mrd. t CO₂ (+6% gegenüber 2009) den fatalen Wachstumstrend beschleunigt fort.



Dennoch kann die Bedrohung der aufziehenden Klimakatastrophe die politischen Entscheidungsträger noch immer nicht zu wirklich konsequenten Sofortmaßnahmen bewegen, wie etwa die jüngst von Bundeswirtschaftsminister Phillip Rösler ins Spiel gebrachte Förderung von Kohlekraftwerksneubauten belegt. Unter der universell einsetzbaren Parole von „Arbeitsplatzsicherung und Wohlstand“ lanciert sein Ministerium als Werbekampagne für den Neubau von Kohle- und Gaskraftwerken.

Konkret sollen in Deutschland zusätzlich zu den derzeit im Bau befindlichen Großkraftwerken, bis zum Jahre 2020 weitere 10 GW Kraftwerksleistung neu installiert werden (www.bmwi.de/go/energie). Offenbar will die Bundesregierung dazu zwischen 2013 und 2016 rund 165 Mio. Euro jährlich als Subventionen aus dem neuen Energie- und Klimaschutzfonds zur Verfügung stellen (<http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-12/kohlekraftwerke-bmwi/komplettansicht>). Gestritten wird in diesem Zusammenhang nur noch um die Implementierung einer Richtlinie der EU-Kommission, die die volle Förderung lediglich Kraftwerken mit der neuen Risikotechnologie CCS (CO₂-Abscheidung und Verpressung) gewähren will. Eine Über-

sicht über den aktuellen Stand im Bau befindlicher bzw. geplanter Kohlekraftwerksneubauten gibt die Abbildung.

Die fatalen Auswirkungen weiter forcierter THG-Emissionen skizzierte Stefan Rahmstorf vor kurzem eindrücklich in einem Gastvortrag an der Universität Göttingen. Er ging darin auch auf eine kuriose These der mittlerweile allgegenwärtigen „Klimaskeptiker“ ein die besagt, dass die seit Beginn der Industrialisierung ablaufende, stetige Erhöhung der CO₂ Konzentration in Atmosphäre und Ozeanen gar nicht auf anthropogene Ursachen zurückgeführt werden könne – so als ob sich unbemerkt von

aller Satellitenbeobachtung irgendwo ein gewaltiger Vulkan aufgetan hätte. Eine solche Argumentation kommt einem Freibrief für jedweden Ausbau von Kohlekraftwerkskapazitäten gleich. Rahmstorf weist hingegen darauf hin, dass die Isotopenzusammensetzung des im CO₂ vorliegenden Kohlenstoffs, gemessen an einer Vielzahl von Reservoiren (Luftblasen in Eisbohrkernen, Jahresringe von Baumstämmen oder Korallen, etc), einen eindeutigen Hinweis auf seine Herkunft aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe liefert.

Während die Wissenschaft also ein immer umfassenderes Verständnis geologischer und klimatischer Prozesse liefert, bleibt ein entsprechender Widerhall in der Politik weitestgehend aus. Mit deutlichen Worten kommentiert daher auch der Klimaforscher Mojib Latif (GEOMAR Kiel) die Beschlüsse der Konferenz von Durban: „Das was von der Politik kommt, kann ich nicht ernst nehmen. Die Politik leidet unter einem völligen Realitätsverlust.“ (Interview: Cicero online vom 12.12.2011)

Jonas Norpoth, Göttingen

Verkehrspolitik in der Sackgasse

Der Straßenverkehr heizt dem Klima gewaltig ein. Sein Anteil an den CO₂-Emissionen aller Verkehrsträger weltweit liegt bei 80%. Der Anteil des Schienenverkehrs dagegen bei 0,5 %. In Deutschland geht ein Fünftel des ausgestoßenen CO₂ auf das Konto des Verkehrs. 84% kommen aus den Auspuffen. Der Gütertransport auf der Straße wächst, frisst immer mehr Flächen, erzeugt Sommersmog und Lärm, trägt zur Algenbildung in Gewässern bei und zur Versauerung der Böden. Trotzdem fördert die Politik weiter diese umweltschädlichste Transportmethode. Bundesverkehrsminister Ramsauer hat aktuell Testfahrten von Giga-Linern genehmigt. Der Schienenverkehr nutzt laut Umweltbundesamt (UMB) die Energie dreimal effizienter, produziert deutlich weniger Luftschadstoffe und – wird von Politik und Wirtschaft aufs Abstellgleis geschoben.

Seit den 1990er Jahren wurde der Transportsektor im Verhältnis zur realen Produktion extrem aufgebläht. Das Wirtschaftswachstum betrug in diesem Zeitraum weltweit 50 %, der Transport von Gütern dagegen nahm um 170 % zu. Drei Viertel dieser Warenströme fließen über das Straßennetz. In Deutschland hatte der Gütertransport auf der Schiene 1970 noch einen Anteil 33,2%. 2009 ist er auf 16,1 % gesunken. Der Transport auf der Straße wuchs von 36,2% auf 71,9%. Was sind Gründe für diese unverhältnismäßige Ausdehnung des Gütertransportes?

Die Produktion von Gütern findet weltweit



Vertreter des Klima- und Umweltbündnisses Stuttgart (KUS) vor der Daimler-Konzernzentrale

statt. Niedrige Transportkosten fördern die Verlagerung von Produktionsstätten europa- und weltweit, die Verringerung der Fertigungstiefe, die Ausdehnung des Handels, den Abbau von Lagerkapazitäten und die Just-in-Time Produktion. Mit einem Bruchteil des Kapitals, das früher in Vorräten und Lagerfläche gebunden war, lassen Industrie und Handel heute Dienstleister ihre Logistik abwickeln. Die Transportkosten sind deshalb betriebswirtschaftlich so niedrig, weil

1. die Infrastruktur (z.B. Straßen) vom Staat zur Verfügung gestellt und unterhalten wird, 2. für die Beseitigung der entstehenden Schäden nicht die Verursacher, sondern staatliche und private Institutionen aufkommen. Allein die Umwelt- und Unfallfolgekosten des Straßengüterverkehrs werden in der BRD auf 32 Mrd. Euro jährlich geschätzt.

Leidtragende des wachsenden Verkehrs sind die Menschen in den Städten, die an Hauptverkehrsstraßen wohnen oder an Autobahnen. Von der Zerstörung der Natur sind alle betroffen, vor allem aber unsere künftigen Generationen.

Kleidung, Möbel, Elektronik, Computer, Nahrungsmittel werden über weite Strecken transportiert - müssten wir nicht auch unser Konsumverhalten hinterfragen? Zumal bekannt ist, dass der teilweise verantwortungslose Umgang mit der Natur bei der Herstellung von Produkten und beim Transport dem entspricht, wie in vielen Betrieben mit den beschäftigten Menschen umgegangen wird.

Staus auf deutschen Autobahnen:
Im Jahr 2011 in einer Gesamtlänge von 450 000 km (ADAC)

Stichworte: Sonderwirtschaftszonen, Löhne, die kaum zum Überleben reichen, Kinderarbeit, ausgedehnte Arbeitszeiten, wenige oder keine Schutzrechte für die Beschäftigten.

Die Verkehrspolitik in Deutschland entwickelt sich trotz der Beteuerungen über die Notwendigkeit des Klimaschutzes weiter in die falsche Richtung. Dem Transport auf der Schiene müsste absoluter Vorrang eingeräumt werden. In der Vergangenheit wurden aber viele Gleisanschlüsse stillgelegt, der Einzelwagenladungsverkehr eingeschränkt. Investitionen in einen technisch machbaren flächendeckenden Güterverkehr auf der Schiene unterbleiben. Über 250 000 Arbeitsplätze wurden bei der Bahn seit Beginn der Privatisierung vernichtet. Mit einer umwelttauglichen Verkehrspolitik könnten in diesem Bereich viele neue Arbeitsplätze entstehen.

Weitere Forderungen an eine am Umwelt- und Klimaschutz orientierten Verkehrspolitik:

- * kein Neubau von Autobahnen oder Ausbau der vorhandenen
- * Güterverkehr auf die Schiene
- * Beschränkung des Transportverkehrs in den Städten, Durchfahrtsverbote für den Schwerlastverkehr.
- * Die Einführung der bis zu 60 Tonnen schweren Gigaliner muss unterbleiben.
- * Die Automobilindustrie muss verpflichtet werden emissionsfreie und recycelbare Fahrzeuge zu bauen

Werner Niggemann/H-D Stimpfig

Fracking – ein verbrecherischer Akt der Energiemultis

Aus der Medizin ist uns eine Fraktur bestens bekannt - meist wächst ein gebrochener Knochen wieder zusammen. Das Hydraulic Fracturing – von dem der Begriff Fracking abgeleitet ist, ist mehr als ein Beinbruch. Was ist Fracking?

Beim Hydraulic Fracturing werden Gesteinsschichten – meist Schiefer oder Sandstein, aber auch Kohleflöze, in Tiefen bis zu 5.000 m mit einem intelligenten Bohrsystem unter großem hydraulischen Wasserdruck zertrümmert. Das im Gestein gebundene Gas wird frei und kann nach oben gefördert werden. Damit das freigesprengte Kapillarsystem nicht durch Bakterien wieder zugesetzt und der Gasfluss gestört wird, werden dem Wasser große Mengen an Gift beigemischt, darunter auch Nerven und Hirn schädigende Biozide, stark Krebs erregende Benzole oder extrem Trinkwasser gefährdende Stoffe wie das Tetramethylammoniumchlorid.

Die Energiemultis, allen voran Exxon, führen derzeit eine regelrechte Offensive durch, um die wachsame Bevölkerung einzuschläfern und die enormen Gefahren des Fracking kleinzureden. Sie haben zahlreiche Länder in und außerhalb Europas für Fracking im Visier, in Deutschland vor allem NRW und Niedersachsen. Exxon, Shell, Evonik und Co. suchen fieberhaft nach den technisch entnehmbaren Schiefergasressourcen, die etwa 4 x größer sind als die bisher nachgewiesenen konventionellen Gasreserven von 4,2 Mrd. m³ in der EU der 27 und in Norwegen.

Aber überall entwickelt sich der Widerstand. Vernetzt über www.gegen-gasbohren.de organisieren über 20 Initiativen den Widerstand. Und das ist gut so, denn die tatsächliche Gefährdung ist enorm und vielschichtig. Worin liegen diese Gefahren?

Von mehreren Millionen Liter Wasser pro Bohrung, die mit 1 - 15% Chemikalien versetzt sind, werden 20 bis 80% – je nach geologischer Formation, wieder an die Oberfläche gespült. Was die insgesamt Milliarden von m³ Wasser und Gift in einem Frackgebiet mit mehreren hundert Bohrungen langfristig in der Tiefe für Schäden verursachen, ist noch nicht erforscht.

Bekannt ist aber die Vergiftung von

Grund- und Trinkwasser. Zum einen durch radiaktive Stoffe, wozu die New York Times geheim gehaltene Studien der amerikanischen Umweltbehörde EPA veröffentlichte: „Mehr als 179 Bohrungen produzieren Abwasser mit hoher Strahlung. Mindestens 116 meldeten Belastungen mit Radium oder anderen radioaktiven Substanzen, die mehr als 100 mal so hoch wie der erlaubte Grenzwert für Trinkwasser waren.“¹

Bereits 1987 berichtete die EPA über Methan und Fracking-Chemikalien im Grund- und Trinkwasser. Die Industrie behauptet weltweit, dies aufgrund der großen Abstände zum Oberflächenwasser ausgeschlossen. Unsinn! Schon als Kind lernt man: „Das Wasser sucht sich immer seinen Weg!“

Erstmals gab die EPA nun im November 2011 bekannt, dass Methan und Butoxyethanol in Grund- und Trinkwasser der Stadt Pavillion, Wyoming, zweifelsfrei auf Fracking zurück zu führen sind.²

Kein Märchen also, wenn der sehr empfehlenswerte Dokumentarfilm „Gasland“ zeigt, wie Trinkwasser aus dem Wasserhahn aufgrund der Methanreicherung brennt.

Wenn die Evonik-Tochter MineGas sich nun anschickt, die Kohleflöze im Donarfeld nördlich von Hamm zu fracken, ist dies nicht nur ein Verbrechen an der Umwelt, sondern auch den Bergleuten. Denn schließlich war es die Evonik/RAG, die vorher das Bergwerk Ost stillgelegt, damit den Zugang zu den 100 Mio. Tonnen bester Koks-kohle verbaut und tausende von Bergleuten ihrer Existenz beraubt hat.

Ungelöst ist auch die Entsorgung der rückgespülten



Frackflüssigkeit, auch Lagerstättenwasser genannt. Darin sieht der Ex-Vorstandsvorsitzende der Gelsenwasser AG, Dr. Manfred Scholle, nach seiner USA-Fracking-Reise ein großes Problem:

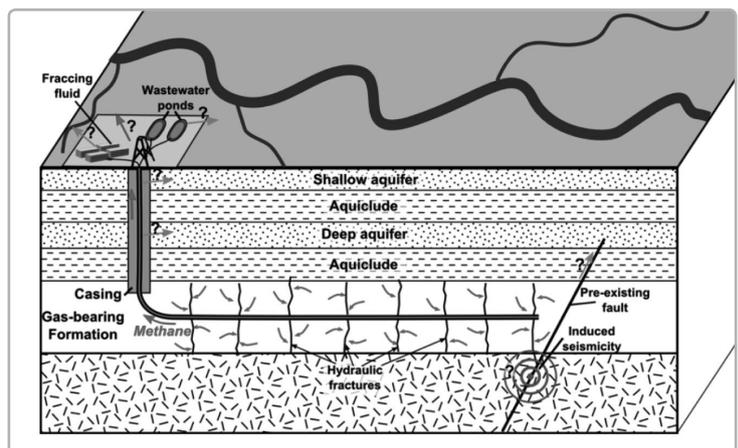
„... das in großen Mengen anfallende Abwasser: ein briesanter Cocktail aus Wasser, Chemikalien, ausgelösten Schwermetallen und radioaktiven Stoffen (...) kann keine Kläranlage ... so aufbereiten, dass die natürliche Wasserqualität wieder hergestellt ist.“³

Über die unwirksamen Klärwerke landen die eingesetzten Chemikalien, Salze und radioaktiven Bestandteile letztendlich auch im Trinkwasser und in der Nahrungskette. Zahlreiche Fälle von Hirnschädigungen bei Menschen, plötzlich verendeten Kühen oder Pferden in Fracking-Gebieten der USA sind eine deutliche Warnung!

Zur Vergiftung des Wassers kommt die der Luft. In Wyoming konnten 2009 zum ersten Mal die staatlichen Richtlinien für Luftqualität nicht eingehalten werden, weil zuviel Benzol und Toluol aus 27000 Bohrungen in der Luft lag.

Das ist noch nicht alles. Fracking hinterlässt verwüstete Landschaften und eine zerstörte Erdkruste.

Im Münsterland plant Exxon pro 2 km² ein Bohrloch. Da die Bohrungen auch horizontal verlaufen, wird das ganze Gebiet großflächig aufgebrochen. Bergschäden wie durch den Bruchbau der Kohle dürften die Folge sein. Selbst Wissenschaftler der Universität Texas, die für diese Art von Studien 7,5 Millionen Dollar von Shell bekommen hat, kommen zu dem Ergebnis, dass Fracking auch wegen gefährlicher unterirdischer Blowouts die Gefahren konventioneller Gasbohrung





vervielfältigt.

So ist eindeutig nachgewiesen, dass verschiedenste Erdbeben von bis zu 4,5 auf der Richterskala eindeutig auf Fracking zurückzuführen sind. Zuletzt am 13.2. im Erdgasfeld Söhlingen in der Lüneburger Heide mit einer Stärke von 3.0.

Nicht zuletzt steht die „unkonventionelle Gasförderung“ einer Energiewende

diametral entgegen. Fracking hat eine enorm schlechte Bilanz hinsichtlich der Treibhausgas-Emissionen. Einmal wegen der enormen LKW-Verkehre, die jede Frack-Bohrung erfordert. Aber auch wegen des hohen unkontrollierten Methan-Ausstoßes im Verlauf der Bohrung und vor allem aber, weil das gewonnene Schiefergas bei der Verbrennung um 40% klimaschädlicher ist als herkömmlich gefördertes Erdgas. Das belegt eine umfangreiche und fundierte Studie des EU-Parlaments, die zudem vorrechnet: Auf der Fläche einer einzigen Frackbohrung könnten Solarpanels aufgestellt werden, die einer thermischen Energie von 140.000 m³ Gas entsprechen.

Mit einer Veränderung des Bergrechts und einer Umweltverträglichkeitsprüfung vor jeder Frackbohrung, worauf verschiedene Politiker nun den Widerstand ablenken wollen, ist es keinesfalls getan!

Im Sinne der Verteidigung der menschlichen Lebensgrundlagen kann es nur eine Losung geben: Stoppt Fracking! Mit aller Macht!

Werner Engelhardt, Politologe

¹ New York Times, 26.2.2011

² <http://www.epa.gov/region8/superfund/wy/pavillion/Nov30-2011>

³ Unternehmensveröffentlichung, August 2011 (Foto: BI Schöne Lüne, Niedersachsen)

Interview mit Andreas Tadysiak, Kumpel für AUF

Redaktion: Andreas, du bist Bergmann unter Tage, Vertrauensmann der IGBCE und im Ortsgruppenvorstand der IGBCE Marl. Du bist seit dem Jahr 2000 in der Koordinierungsgruppe der Bewegung Kumpel für AUF. Was hat die Bergarbeiterbewegung mit der Bewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz zu tun?

Andreas Tadysiak: Die Bergarbeiterbewegung Kumpel für AUF gibt es seit 1999 in allen Städten, in denen Kumpel zu Hause sind. Wir haben die Stilllegung der Bergwerke nie akzeptiert, weil wir die Arbeitsplätze für unsere Jugend brauchen und nicht wollen, dass die Bergbaukultur zu Grabe getragen wird. Kein Arbeitsplatz darf kampflos aufgegeben werden ohne einen gleichwertigen Ersatzarbeitsplatz! In diesem Zusammenhang haben wir Prof. Rosin und sein Kryo-Recyclingverfahren kennengelernt und damit auch eine vernünftige Alternative für Ersatzarbeitsplätze. Seitdem setzen wir uns für eine solche Pilotanlage ein, denn Kryo-Recycling würde im Ruhrgebiet viele Arbeitsplätze schaffen.

Redaktion: Kumpel für AUF hat Anfang März 2012 einen Aufruf an die Jugend mit einem Programm für eine lebenswerte Zukunft herausgebracht. Darin habt ihr euch Gedanken gemacht über den Zusammenhang von Zechenstilllegungen und Fracking. Kannst du das kurz erläutern?

Andreas Tadysiak: Die Bundesregierung und die Energiemonopole verfolgen den



Andreas Tadysiak

wahnsinnigen Plan, in ganz Deutschland „unkonventionelle Gasförderung“ (Fracking) zu betreiben, obwohl das die Trinkwasserversorgung und die Gesundheit von Millionen Menschen gefährdet. Wir sind dahinter gekommen, dass die Absichten, die Zechenstilllegungen zu beschleunigen, den Weg dafür frei machen sollten, diese Art der Gasgewinnung in großem Stil zu betreiben. Man kann nämlich nur Gas fördern, wenn unter Tage nicht mehr abgebaut wird. Wir fanden heraus, dass die EU bereits 2009 Rechte für das Fracking ab 2014 vergeben hat. Die Kumpel haben durch ihre Kampfbereitschaft die Schließung für 2014 verhindert. In unserem Aufruf heißt es: „Um dem „Fracking“-Wahnsinn entgegen zu treten und unseren Nachkommen kein verwüstetes Land zu hinterlassen, werden wir die Stilllegung des Steinkohlebergbaus nicht hinnehmen.“

Redaktion: Den Kumpeln wird ja häufig ein mangelndes Umweltbewusstsein vorgeworfen, wenn sie um den Erhalt der Bergwerke kämpfen. Wie siehst du das?

Andreas Tadysiak: Ich denke schon, dass die Kohleproduktion eine gewisse Umweltproblematik hat. Das hat aber jede Art der Produktion im Kapitalismus, weil es hier immer nur um die Erzielung maximaler Profite und Machtpositionen z.B. der Energiekonzerne auf dem Weltmarkt geht. Das Interesse der Kumpel, im Einklang mit der Natur zu produzieren, wird dem untergeordnet und mit Füßen getreten. In unserem Aufruf heißt es unmissverständlich: „Steht auf, wenn ihr Kumpels seid! Noch sind die Zechen in Takt. Noch haben wir die Trümpfe in der Hand, für die Zukunft des Steinkohlebergbaus zu kämpfen! Kohle darf nicht in Kraftwerken verfeuert werden, wegen der drohenden Klimakatastrophe. Sie ist auch einer der wertvollsten Rohstoffe einer Zukunftsindustrie, mit dem man verantwortungsvoll umgehen muss. Der Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze im Bergbau muss in Einheit mit dem Erhalt der natürlichen Umwelt geführt werden.“

Redaktion: Vielen Dank Andreas und viel Erfolg für euer Anliegen.

Das Interview führte Christiane Link, Geschäftsstelle des Vereins. Den Aufruf von Kumpel für AUF gibt es auf der Homepage: www.minersnet.org.

Neue Regionalgruppen und Aktivisten melden sich zu Wort

Regionalgruppe Böblingen/Stuttgart – 1 Jahr aktive Jugendarbeit

Peter (55): Ich bin seit Gründung der Regionalgruppe im Januar 2011 ihr Sprecher. Im letzten Jahr konnten wir 10 neue Mitglieder gewinnen. Mittlerweile leben fast 30 Vereinsmitglieder im Gebiet der Regionalgruppe. Wir legen Wert auf Jugendarbeit. Die Hälfte unserer neuen Mitglieder sind Jugendliche. Wir nahmen an allen Anti-AKW Demonstrationen in der Region teil und sind im Widerstand gegen Stuttgart 21 aktiv. Aus Anlass des Umweltratschlags 2011 in Gelsenkirchen drehten wir einen Film „Stuttgart 21 ist überall“. 3 Monate arbeiteten wir daran. Er wurde mehrfach gezeigt, kam super an. Etwa 130 Exemplare wurden gegen Spende weitergegeben. Wir wollen im Juli auch mit einer Delegation aus dem Großraum Stuttgart nach Nantes in Frankreich fahren. Dort findet vom 4.- 8.7.2012 das 2. Forum gegen unnütze und zerstörerische Großprojekte statt. Unsere Trümpfe sind nicht nur das Thema Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz, wir sind auch demokratisch organisiert. Wir nehmen jeden ernst, fördern und fordern zur Aktivität heraus. Das finden v.a. unsere jungen Mitglieder

gut. Wir verbinden praktische Arbeit mit inhaltlicher Arbeit. Wir verwirklichen Überparteilichkeit statt auszugrenzen.

Florian (22): Das Thema Kreislaufwirtschaft

und Klimaschutz interessiert mich. Organisiert kann man mit anderen mehr erreichen als allein. Gut finde ich, dass im Verein jedem zugehört wird und jeder ernst genommen wird. Der Verein hat viele engagierte Leute. In Zukunft sollte noch mehr Kontakt und Austausch mit ähnlichen Organisationen außerhalb Deutschlands betrieben werden.

Anne (20): Mir liegt unser Planet, die Natur sehr am Herzen. Wenn die Umweltzerstörung weiter so voranschreitet, hat das unvorstellbare Folgen. Deshalb



Vorbereitung für die Demo in Neckarwestheim am 11.03.2012

Ein Grundstein für zukünftige Arbeit

In Ludwigshafen wollen wir die Bewegung für Kreislaufwirtschaft total vor allem unter Jugendlichen bekannt machen und bereiteten eine Veranstaltung vor, als „Information und Ratschlag“.

Da wir bisher nicht gerade Fachleute auf dem Gebiet waren, mussten wir uns intensiv in die Materie einarbeiten, um fundiert Stellung nehmen zu können. Ziel war, vor allem Jugendliche zu überzeugen, selbst aktiv zu werden.

Hauptsächliche Themen waren die drohende Klimakatastrophe, Zerstörungen durch Rohstoffabbau, die Atomenergie und die globale Vergiftung der Meere.

Wirkung zeigte dabei insbesondere die Verbindung von Vortrag und Bildern, die über einen Beamer an die Wand geworfen wurden. So konnte nicht nur jeder von der Zerstörung hören, sondern auch gleich Bilder vom Ausmaß der Zerstörung

und Vergiftung der Natur sehen.

Beim Namen genannt wurden auch die jeweils verantwortlichen Konzerne.

Dies legte einen Grundstein für einen weiteren Hauptpunkt des Vortrags, in dem die ökonomischen Hintergründe der Umweltzerstörung beleuchtet wurden. Im Ergebnis wurde die Unvereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie unter den Bedingungen des Kapitalismus nachgewiesen.

Im Schlussteil stellte die Initiative eine Möglichkeit des Widerstandes gegen die verstärkte Zerstörung der natürlichen Umwelt vor. Dabei wurde vor allem die Arbeiterklasse ins Licht gerückt, deren Interessen in der Vergangenheit häufig als konträr zum Umweltschutz dargestellt wurden. (...).

Am Beispiel einer Initiative Berliner Siemens-Arbeiter, die sich gegen die Produktion von Turbinen für Atomkraftwer-

halte ich es für wichtig, für eine bessere Zukunft einzutreten. Für die Zukunft ist es wichtig, dass die Zusammenarbeit mit anderen Regionalgruppen besser koordiniert wird.

Tina (22): Wir brauchen einen starken Zusammenhalt zwischen den Umweltschutzorganisationen. Der entsteht zur Zeit, deshalb unterstütze ich den Verein.

Kontakt: Peter Vescovi, email: vescovi@arcor.de

ke und für Umweltschutz im Allgemeinen engagieren, wurde der fortschrittliche Charakter und auch das Potential der Arbeiter für die Umweltbewegung dargestellt.

Als Organisationsform wurde die Idee einer Umweltgewerkschaft vor- und zur Diskussion gestellt. (...).

Da leider keine Jugendlichen gekommen waren, lag der Fokus des folgenden Ratschlags darin, wie man Jugendliche besser ansprechen und zum Mitmachen anregen kann. Die vielfältigen Anregungen werden gewiss Eingang in die zukünftige Arbeit finden. Die Veranstaltung legte somit den Grundstein für zukünftige Arbeit.

Sebastian Dietrich und Georg John
(Der Bericht wurde von der Redaktion leicht gekürzt, siehe (...))

Wir stellen uns vor: die neue Regionalgruppe München/Augsburg

Im Frühjahr 2011 haben sich Mitglieder in München zusammengetan, um eine Regionalgruppe aufzubauen. Wir hatten von Anfang an die Idee, mit anderen Umweltgruppen zusammenzuarbeiten. Deshalb haben wir bisher drei Regionaltreffen veranstaltet und viele Umweltgruppen angeschrieben. Bei unserem zweiten Regionaltreffen kamen Mitglieder der Bürgerbewegung aus Augsburg dazu und es entstand der Gedanke zusammenzuarbeiten. Wir sind an beiden

Orten noch kleine Gruppen und wollen uns gegenseitig beim Aufbau mit unseren Erfahrungen unterstützen. Daraus entstand der Gedanke einer gemeinsamen Regionalgruppe. Gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen, ist uns schon beim 2. internationalen Umweltratschlag gelungen. Fahrt und Übernachtung haben wir gemeinsam abgesprochen und wir waren dann mit einer Gruppe von 12 Leuten aus beiden Städten dabei. An den Weltklimatagen 2010 und 2011 haben wir in München erste Straßenaktionen durchgeführt. Und inzwischen waren wir

bei wichtigen Ereignissen in Südbayern dabei. Zum Beispiel: bei den Demonstrationen gegen AKWs im Sommer 2011 in München, gegen die 3. Startbahn am Flughafen München und gegen das AKW in Gundremmingen am 11. März dieses Jahres. Gründe aktiv zu werden gibt es hier in Südbayern genug. Wir haben noch viel vor uns: Mitglieder gewinnen, Ausbau der Regionalgruppe und der Kontakte. Kontakt zur Regionalgruppe München/Augsburg: Uwe Hauser, Email: auwee@web.de



Die Regionalgruppe Berlin-Brandenburg ist gegründet

Während der Vorbereitung, Organisation und Durchführung einer Kundgebung zum Weltklimatag am 03.12.2011 in einem breiten Aktionsbündnis in Berlin haben wir uns entschlossen, eine Regionalgruppe zu gründen. Damit wollen wir die Bedingungen für unser Auftreten und die Organisation solcher Bündnisse verbessern. Unsere erste gemeinsame Aktion war das Auftreten auf der kurzfristig beschlossenen Kundgebung des Verbandes der Solarindustrie, gemeinsam mit der Gewerkschaft IGBCE am 05.03.2012 am Brandenburger Tor. Dort haben etwa 10.000 Beschäftigte aus den unterschiedlichsten Produktions- und Montagefirmen teilgenommen und gegen das neue Gesetz der Bundesregierung zur Ausbremsung der notwendigen

Entwicklung der erneuerbaren Energien demonstriert.

Wir haben 60 Unterschriften gesammelt für die Idee einer Umweltgewerkschaft und eingeladen zu einer Gesprächsrunde am 05.03.2012 zur Situation in der Solarwirtschaft und zur Frage der Umweltgewerkschaft. Mit 15 Teilnehmern war die Gesprächsrunde gut besucht. Es entwickelte sich eine spannende Diskussion über die Vorstellungen von einer „Umweltgewerkschaft“, die Einschätzungen der Klimaentwicklung, was unter Umweltschutz zu verstehen ist und was die natürlichen Lebensgrundlagen sind, um die wir kämpfen müssen und gegen wen sich der Kampf national und international richtet. Alle wollen die Idee einer Umweltgewerkschaft unterstützen und begrüßen den Vorschlag der Teilnahme am Automobilarbeiterratschlag,

den wir mitorganisieren wollen, und den Vorschlag eines Strategietreffens Anfang 2013. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, bis dahin viele Träger der Idee einer Umweltgewerkschaft unter unseren Kolleginnen und Kollegen und den Initiativen der Umweltbewegung zu gewinnen. Wir wollen den Gedankenaustausch zunächst in zweimonatigen Treffen fortsetzen. Wir werden auch durch die Teilnahme an einer Umweltveranstaltung der HTW (Hochschule für Umweltwirtschaft) den Gedanken bekannt machen, ebenso auf dem Umweltfestival der Grünen Liga im Juni am Brandenburger Tor, mit sicher wieder über 100.000 Besuchern. Kontakt zur Regionalgruppe Berlin-Brandenburg: Jörg Irion, email: jairion@gmx.de

2. internationaler Umweltratschlag am 8./9. Oktober 2011 in Gelsenkirchen

Der 2. internationale Umweltratschlag war ein Erfolg und ein großartiges unvergessliches Erlebnis. Er war Internationalismus live, behandelte eine große Vielzahl von Fragen und neuen Erscheinungen mit großer Sachkenntnis und in einer solidarischen Atmosphäre. Er war von einer gemeinsamen Aufbruchsstimmung geprägt. Mit dem Eröffnungsplenum mit Impulsbeiträgen aus verschiedenen Ländern und von verschiedenen Trägern des Umweltratschlags, der gemeinsamen Demonstration durch Gelsenkirchen-Horst, den Foren und Workshops, einem mitreißenden internationalen Kulturabend und dem Abschlussplenum, hatte er eine sehr produktive und vielseitige Wirkung und Ausstrahlung. Wichtiger und integraler

Teil des Ratschlags war der Umweltmarkt, der über Milchbauern für faire Milch und Solar- und Windanlagenhersteller, bis hin zu Infoständen der teilnehmenden Initiativen und Parteien eine große Vielfalt bot. In Verbindung mit dem vom Frauenverband Courage liebevoll und kulinarisch gestalteten Umweltcafe, war er ein echter Anziehungspunkt und immer voll pulsierendem Leben. Über 100 ehrenamtliche Helfer und Aktivist*innen mit Zeitspenden, sorgten für einen reibungslosen und guten Ablauf. Durch gemeinsame Initiative wurde auch die unerwartet hohe Teilnehmerzahl bewältigt. Die Teilnehmer aus dem In- und Ausland äußerten sich begeistert und inspiriert, aber auch sehr bewusst über

die noch komplizierte und langwierige Arbeit, die geleistet werden muss, damit die Umweltbewegung national wie international die notwendige neue Qualität bekommt, die sie braucht, um erfolgreich zu sein. Der Umweltratschlag arbeitete die bereits vorhandenen entwickelten Möglichkeiten der Kreislaufwirtschaft und der erneuerbaren Energien heraus und bildete eine wichtige Einheit von Arbeiterbewegung und internationaler Umweltbewegung. Alle Impulsbeiträge und viele Vorträge aus den Foren und Workshops sind zusammen mit den verabschiedeten Dokumenten auf www.umweltratschlag.de dokumentiert!

Die neue Koordinierungsgruppe berichtet



Am 10. Dezember 2011 traf sich die Koordinierungsgruppe für den 3. Umweltratschlag mit Mitgliedern der bisherigen Koordinierungsgruppe, zu ihrem ersten Treffen. Unsere Mitglieder aus Chile, Peru, Sri Lanka und den USA konnten natürlich nicht persönlich teilnehmen. Es ist eine wichtige Herausforderung, sie über alle wesentlichen Vorgänge zu informieren und in die Beratungen mit einzubeziehen.

Ein Schwerpunkt war die Auswertung des 2. Umweltratschlags, die daraus zu ziehenden Konsequenzen und die Planung der weiteren Arbeit. Ziel der Auswertung ist die Erstellung eines Handbuchs Umweltratschlag. Weiterhin beschloss die Ko-

ordinierungsgruppe beim kämpferischen Frauenrat „in die Lehre“ zu gehen und sich über die Erfahrungen in der Vorbereitung des Frauenpolitischen Ratschlags zu informieren. Der 2. Umweltratschlag war auch finanziell erfolgreich. Mit der neuen Dimension, in die der Umweltratschlag vorstößt und die auch erforderlich ist, ist auch die Finanzarbeit in eine neue Größenordnung gekommen. Wir beraten deshalb mit allen beteiligten Kräften, ob die Gründung eines gemeinnützigen Trägervereins des Umweltratschlags sinnvoll wäre. Weiterhin werden gerade Vorschläge für den genauen Zeitpunkt, Ort und die Dimension des 3. Umweltratschlags gesammelt. Die Ergebnisse werden, nach Konsultation mit den Trägerorganisatio-

nen, dem ersten bundesweiten Vorbereitungstreffen gegen Jahresende vorgelegt und dann abgestimmt, zusammen mit dem Aufruf zum 3. Umweltratschlag. Bis dahin soll auch die Trägerschaft des Umweltratschlags auf eine wesentlich breitere Basis gestellt werden, da große und wichtige Teile der Umweltbewegung noch nicht oder noch nicht ausreichend im Umweltratschlag repräsentiert sind. Die Homepage wurde fortlaufend aktualisiert und verbessert. Dort kann in der auch ein kurzes Video über den Umweltratschlag betrachtet werden. Dringend Unterstützung benötigen Homepage und Koordinierungsgruppe noch bei der Übersetzerarbeit! www.umweltratschlag.de

Abschlussklärung des 2. Internationalen Umweltratschlags (gekürzt)

Am 8./9. Oktober 2011 trafen sich 580 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Gelsenkirchen zum 2. Internationalen Umweltratschlag. Darunter waren internationale Teilnehmerinnen und Teilnehmer. In zwei Plenumsdiskussion, 10 Foren und 14 Workshops wurde diskutiert:

Die Menschheit steht an einem Scheideweg: Die Lebensgrundlagen und die Zukunft der heutigen und zukünftiger Generationen sind unmittelbar in Frage gestellt. Es entwickelt sich die ernste Möglichkeit, dass die Menschheit auf diesem Planeten nicht überleben kann. (...)

Wir wollen die Entwicklung zur globalen Umweltkatastrophe stoppen. Und wir wollen mehr als das: wir stellen das gesamte destruktive System zu produzieren und zu leben in Frage. Wir wollen in Einheit von Mensch und Natur leben. Die technischen Voraussetzungen für ein Wirtschaften in Einheit mit der Natur sind weitgehend entwickelt. (...) In einer kameradschaftlichen Atmosphäre wurden dazu die Errungenschaften und Schwächen der bisherigen Umwelt-, Arbeiter- und sozialen Bewegungen ausgewertet. Solche Herausforderungen erfordern neue Wege.

Die Umweltbewegung ist inzwischen in Deutschland und international zur größten Bewegung des aktiven Widerstands herangewachsen. Es gibt Sachkompetenz und viele fundierte, engagierte und kreative Beiträge zur Entwicklung eines Umweltbewusstseins. Die aktiven Bewegungen sind jedoch zu zersplittert, die Projekte oft vereinzelt. Die Hoffnung auf die Vernunft und Einsicht der Herrschenden hat sich als bare Illusion erwiesen. Die Umweltfrage kann nur in Verbindung mit den sozialen Fragen gelöst werden. Die internationale Arbeiterbewegung wird die Umweltbewegung enorm stärken, wenn das spalterische Dogma der „Vereinbarkeit der kapitalistischen Ökonomie mit der Ökologie“ überwunden wird, wie auch eine Unterschätzung der Umweltfrage. Die internationale Umweltbewegung wird die Arbeiterbewegung stärken und bereichern, wenn Vorbehalte und Dominanzansprüche ausgeräumt werden. (...) Notwendig ist es, heute alle Kräfte zusammenzuschließen, das Trennende zurückzustellen, weltanschaulich offen

und demokratisch zusammenzuarbeiten und dabei bereit zu sein, einen entschlossenen Widerstand gegen die Herrschenden zu entwickeln. Dazu gibt es verschiedene vorwärtsweisende Überlegungen auf diesem Umweltratschlag (...). Die Überlegung, eine Umweltgewerkschaft als starke, impulsgebende und kampferfahrene Organisation von Umweltschützer/innen, Arbeiter/innen, Angestellten, der Jugend, Frauen, kritischen Wissenschaftlern aufzubauen, wurde dabei als eine mögliche neue Richtung positiv aufgegriffen, aber auch kontrovers diskutiert.

Die globale Umweltkatastrophe entwickelt sich als internationaler Faktor und kann nicht nur in einzelnen Ländern erfolgreich bekämpft werden. Das Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen im Jahr 2009 hat bestätigt, dass von den Herrschenden in Punkto Umweltschutz nichts zu erwarten ist. Der Umweltratschlag begrüßt die „Weltkonferenz zum Schutze der Rechte der Mutter Erde“ in Cochabamba, Bolivien im Jahr 2010. (...) In ihrer Erklärung vom 22. April 2010 heißt es:

„Das kapitalistische System hat uns eine Denkweise der Konkurrenz, des Fortschritts und des Wachstums ohne Grenzen aufgezwungen. Dieses Produktions- und Konsumregime strebt nach schrankenlosem Profit, es trennt den Menschen von der Natur und folgt einer Logik der Herrschaft über diese, es verwandelt alles in Ware: das Wasser, den Boden, die menschlichen Gene, die überlieferten Kulturen, die Biodiversität, die Gerechtigkeit, die Ethik, die Rechte der Völker, selbst den Tod und das Leben.“

Der Umweltratschlag unterstützt die Forderung von Cochabamba nach einem Klimaschutzabkommen der Völker mit einer drastischen Senkung der Treibhausgasemissionen. (...) Der Aufruf, eine Weltbewegung der Völker für die Mutter Erde aufzubauen bestärkt uns in dem



Bild vom Eröffnungsplenum des 2. Internationalen Umweltratschlags am 8. Oktober 2011 in Gelsenkirchen.

Gedanken des 1. Umweltratschlags 2009, einen internationalen Dachverband der Umweltbewegung aufzubauen. Die Umweltbewegung muss international verbunden sein: Global denken und lokal, regional und global handeln. (...)

Wir rufen auf zu einer Strategiediskussion der internationalen Umweltbewegung! Wir tragen sie in unsere Organisationen, Initiativen, Arbeit- und Lebenszusammenhänge! Die Ergebnisse werden wir 2012 in einem Treffen konzentrieren und praktische Schlussfolgerungen einleiten. Wir rufen dazu auf, gemeinsam in 2 Jahren den 3. Internationalen Umweltratschlag zu organisieren. Wir beauftragen eine Koordinierungsgruppe mit der Auswertung und Veröffentlichung der Ergebnisse des 2. Umweltratschlag und der Einberufung eines breiten Vorbereitungstreffens ca. 1 Jahr vor dem 3. Umweltratschlags, gestützt auf die Trägerorganisationen und aller weiteren Interessierten.

Die vollständige Fassung findet sich auf www.umweltratschlag.de

Bewegung gegen S 21: Wir lernen im Vorwärtsgehen!

Das folgende Interview „Wir lernen im Vorwärtsgehen!“ mit Hannes Rockenbach und Gangolf Stocker erschien im „Stadt.Plan 1/2012“, Zeitung der Gemeinderatsfraktion SÖS und Die Linke vom 17.02.2012, also in der Phase nach der Volksabstimmung und kurz vor der Zerstörung des Oberen Schlossparks. Die Beiden sind wichtige Repräsentanten der Bewegung gegen S 21 und für K 21. Das Interview wurde im Einverständnis mit Beiden gekürzt.

Hannes Rockenbach (SÖS) ist Fraktionsvorsitzender der Fraktionsgemeinschaft SÖS und Die LINKE und einer der Sprecher des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21.

Gangolf Stocker (SÖS) ist Stadtrat der Fraktionsgemeinschaft SÖS und Die LINKE und Sprecher der Bürgerinitiative Leben in Stuttgart - kein Stuttgart 21

Auszüge aus dem Interview mit Hannes Rockenbach und Gangolf Stocker, geführt von der Stadt.Plan-Redaktion (SR).

Hannes Rockenbach: (...) wir sind (...) nicht bereit, der Zerstörung des Bahnhofes und des Parks tatenlos zuzusehen. Wir sind Zeitzeugen dieser Zerstörungswut. Stück für Stück wird Stuttgarter Identität zerstört. (...) Der Bau des Tiefbahnhofs ist eine finanzielle und ökologische Katastrophe. Mit ihr können wir nicht leben wie mit blauer statt roter Farbe.

(SR): Aber Ministerpräsident Kretschmann hat dir doch persönlich gesagt: „All diese Argumente haben die Menschen gewusst oder hätten sie wissen können und trotzdem haben sie mit NEIN gestimmt, (...) Und ich als Ministerpräsident werde mich jetzt an dieses demokratische Votum halten.“

Hannes Rockenbach: Diese Argumentation dokumentiert eine erschreckende Prinzipienlosigkeit. (...) Hallo MP Kretschmann, was ist da noch

grün! Wollten die GRÜNEN nicht gerade „die Leute“ aufklären über andere Verkehrskonzepte, eine bessere Ernährung, über den Umweltschutz? Mit rückständigen Meinungen grüne Politik legitimieren, das ist schon heftig. Jetzt wird die Unterwerfung unter zerstörerische Kapitalinteressen auch noch zur Sternstunde



der Demokratie umdefiniert. (...)

Gangolf Stocker: Das alles ist doppelt heuchlerisch. Denn was hat Winfried Kretschmann denn getan, um die Leute aufzuklären? Es war versprochen, dass vor der Volksabstimmung alle Kosten auf den Tisch kommen, eine vollständige Transparenz über den Stresstest und die Leistungsfähigkeit des Kopfbahnhofes hergestellt wird, die 121 Risiken geklärt werden. Das wurde nicht gemacht. (...)

Gangolf Stocker: (...) Dass wir keine Mehrheit erreicht haben, liegt an der Desinformationskampagne, die die vereinten Tunnelparteien CDU/SPD FDP gemacht haben. Wahlkampf führen, können sie in bewährtem Stil: Vor den Wahlen wird gelogen, nachher kommt das Zahlen. Die 1,5 Milliarden-Lüge, die Arbeitsplatzlüge, die Stillstandslüge, darauf sind viele hereingefallen (...) Tausende, auch die, die mit NEIN gestimmt haben, wollen aber keine Verschleuderung von Geldern, keinen Rückbau des Eisenbahnverkehrs.

Aber genau das ist geplant. Die Zeche zahlen wir alle, finanziell und ökologisch.

Hannes Rockenbach: Eine Woche nach der Abstimmung verkündete Grube, der Kos-

tendeckel könne nicht gehalten werden, zwei Wochen später wird zugegeben, dass wichtige Nahverkehrs-Bahnstrecken nicht gebaut werden, vier Wochen später verkündet Ramsauer nicht etwa, dass der Güterverkehr der Bahn ausgebaut wird, sondern dass Großversuche mit Gyalinern zugelassen werden. Die Autoindustrie

jubelt. (...) Was ist daran demokratisch, wenn man sich mit Lügen eine Mehrheit verschafft?

(SR): Gut, aber die Volksabstimmung hat formal legitimiert, dass die Landesregierung Stuttgart 21 mitfinanziert.

Gangolf Stocker: Wir haben eine starke Legitimation für den weiteren Widerstand: 1.507.961 JA-Stimmen, also 41,1 Prozent (19,8 % der Wahlberechtigten, d. Red.), stehen hinter uns. Und da sollen wir jetzt schweigen? Die SPD hatte gerade mal 9,7 % der Wählerstimmen bei den Landtagswahlen bekommen, da müssten Schmiedel und Schmid mehr als Schweigen. (...)

Hannes Rockenbach: Es ist deswegen jetzt unsere Aufgabe, wenn diese Landesregierung uns im Stich lässt, weiter zum Schutz dieses Landes, zum Wohle dieser Stadt dieses Projekt zu verhindern, und das müssen wir nun mal selber machen. Wenn wir OBEN BLEIBEN gesagt haben, dann haben wir nicht gemeint OBEN BLEIBEN an der Regierung und das um jeden Preis, sondern da haben wir gemeint, wir wollen diesen Tunnelbahnhof nicht. (...)

(SR): Moment mal, willst du jetzt etwa in Frage stellen, dass die erste Volksabstimmung in Baden-Württemberg ein Fortschritt ist. Wir haben doch auch immer eine direkte Abstimmung gefordert.

Hannes Rockenbach: Ja eine Abstimmung schon, aber nicht so eine. Wir wollten eine Abstimmung über echte, transparente Alternativen und nicht eine Abstimmung über die Finanzierung eines einzigen Projektes, das über 16 Jahre an den Menschen vorbei mit Lug und Trug geplant wurde. Für direkte demokratische Entscheidungen über große Bauprojekte ist es unerlässlich, dass die Bürgerinnen



und Bürger über Alternativen abstimmen. Ich sehe einen Hauptkritikpunkt an der jetzigen Abstimmung genau darin, dass es um JA oder NEIN ging, eigentlich hätte es um S21 oder K21 bzw. K20 gehen müssen. So hat man es Grube-Bahn und Tunnelparteien doch erst möglich gemacht, dass alle über Ausstiegskosten geredet haben, statt darüber, welches das bessere Projekt ist. Da macht es mich schon zornig, wenn man so was als Sieg der Demokratie feiert.

(SR): (...) Der Stuttgarter Protest hatte Macht, er hat bis heute den Bau verzögert, fast alle Fakten auf den Tisch gebracht, Mappus gestürzt.

Hannes Rockenbauch: Deswegen müssen wir uns auf unsere Stärken besinnen. Einerseits müssen wir die Lektion verdauen:

Die Gegenseite ist konsequent skrupellos, Argumente zählen nichts. Geschickt haben sie Schlichtung und Volksabstimmung zur Dämpfung des Widerstandes eingesetzt. Wir haben hunderttausende Bürger, die wissen, warum dieses Projekt Murks ist, die aber vorübergehend den Mut verloren haben. (...) Wir müssen jetzt geduldig auf drei Ebenen, dort wo unsere Stärken liegen, weiterarbeiten: Unsere Fachleute, die Architekten, Ingenieure, Juristen müssen mit ihrer Kritik am Ball bleiben. Die Protestbewegung muss an den Baustellen besonnene Präsenz zeigen und dokumentieren: Es kann nur unter Polizeischutz gebaut werden. (...)

Gangolf Stocker: Natürlich soll und wird der Bahnhof zwischen 6,5 und 10 Milliarden Euro kosten, das ist doch fest einge-

plant. Die Banken wissen, dass der Staat gezwungenermaßen die Zeche zahlt. Natürlich steigt bei dieser Verkehrsplanung das Chaos auf den Straßen, steigt die Umweltverschmutzung, MP Kretschmann hat das selbst prophezeit. (...)

Hannes Rockenbauch: Wir haben die Verantwortung für diese Stadt, deshalb machen wir weiter. Die Netzwerke, die jetzt entstanden sind, die die Stadt verändert haben, müssen weiterarbeiten. Sie werden gebraucht, weil sich der Widerstand nach der Verarbeitung scheinbarer Niederlagen erholen wird. Es sind nicht nur Niederlagen, sondern auch Lektionen. Wir haben Geschichte gemacht, warum sollen wir damit aufhören?

Wir lernen im Vorwärtsgen.

Castor-Widerstand im Wendland war ein voller Erfolg!

Korrespondenz vom Jugendverband Rebell

Am Samstag, dem 26.11.2011 um sieben Uhr starteten wir ausgerüstet mit Zelten, AKWs stilllegen! T-Shirts, Megafon, Flugblättern und mehr nach Dannenberg. An der Demonstration beteiligten sich mehr als 23.000 Menschen. Umweltaktivisten, Anwohner, Bauern, Kinder und Jugendliche. Beeindruckend waren die über 400 Traktoren, die sich teilweise inmitten der Demonstration befanden und mit Plakaten und Transparenten geschmückt waren. Am Kundgebungsplatz kamen dann alle zusammen. Mit einem kleinen Stand und mehreren Trupps sprachen wir die Teilnehmer auch auf die Idee einer Umweltgewerkschaft an und stießen auf großes Interesse. Unter den Rednern der zentralen Kundgebung waren auch internationale Gäste, was die Teilnehmer begeistert hat. Es sprach auch eine Frau aus Fukushima/Japan.

Von der Kundgebung aus bezogen wir unser Quartier in einem der zahlreichen Protest-Camps entlang der Bahnstrecke. Mit Stirnlampen bauten wir im Dunkeln unsere Zelte auf und richteten alles für die Nacht ein. Wir machten eine Besichtigungsrunde durch das selbst organisierte Camp und holten uns in der Küche etwas Warmes zu essen. Später am Abend nahmen wir am Camp-Plenum teil. Dort wurde die aktuelle Lage besprochen und überlegt, wie es in der Nacht weiter gehen soll. Wir stellten uns vor und diskutierten mit. Wir entschieden uns, den Abend



und die Nacht im Camp zu verbringen und beteiligten uns unter dem Motto „Dem Volke dienen!“ an den Aufgaben im Camp. Wir heizten den Warm-Wasser-Kessel mit frischem Feuerholz ein und sorgten für sauberes Geschirr für die Neuankömmlinge. Zwischendurch immer wieder der Blick auf den Ticker: Was gibt es Neues an den Strecken? Am Feuertimer wärmten wir uns zum Abschluss auf, werteten Erlebtes aus und machten uns einen Plan für den kommenden Tag.

Um 5 Uhr hieß es am Sonntag aufstehen, denn wir wollten uns auf jeden Fall noch an den Schienenblockaden beteiligen. Also noch im Dunkeln raus, frühstücken und Zelte wieder abbauen. Dann zum Streckenabschnitt bei Hitzacker. Dort schlossen wir uns mit ein paar anderen Jugendlichen zusammen und eroberten einen Streckenabschnitt direkt neben der Beton-Pyramide, die der Polizei den kom-

pletten Sonntag die Nerven rauben sollte. Vier Anti-Castor-Aktivistinnen hatten sich an eine 600 kg schwere Betonpyramide gekettet, die sie mitten auf den Gleisen postiert hatten. Die Polizei rückte mit schwerem Gerät an, doch bis zum späten Sonntagabend konnten die Aktivistinnen nicht aus ihren Fesseln „befreit“ werden. Mit 15-20 Jugendlichen und Erwachsenen machten wir es uns auf den Schienen gemütlich und sorgten für gute Stimmung.

Insgesamt waren an diesem Wochenende fast 30 000 Anti-Atomkraft-Aktivistinnen im ganzen Wendland unterwegs. Dieser faule Kompromiss der Bundesregierung führt also nicht dazu, dass sich die Menschen in Deutschland mit der verbrecherischen Atomkraft abfinden. Noch nie war ein Castor-Transport solange unterwegs, wie in diesem Jahr! Das ist der Erfolg des breiten und konsequenten Widerstands der Atomkraftgegner!

Aktivisten stellen sich vor

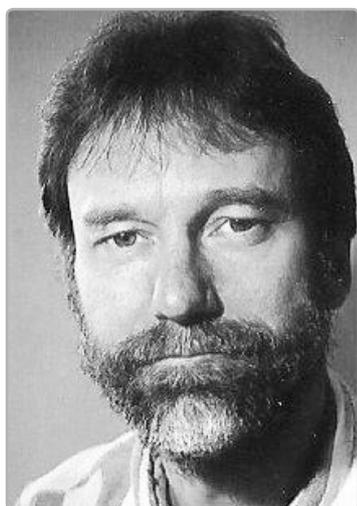
Monika Gärtner-Engel, Mitglied im Vorstand

Publizistin, Diplompädagogin, Jg. 1952, zuständig im Vorstand für internationale Kontakte und für die Verbindung von Bürgerbewegung und Weltfrauenbewegung, Referentin für das Thema „Internationale Umweltbewegung“, Mitbegründerin der Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz, Mitinitiatorin des Umweltratschlags und aktiv in der Strategiediskussion zum Aufbau einer neuen Umweltgewerkschaft.



Christa und Günter Besmer, Mitglieder im Vorstand

Christa Besmer ist Diplomlehrerin für Deutsch und Geschichte und war bis zum 72. Lebensjahr berufstätig. Günter Besmer ist Meister der Holztechnik und Holzbootbauer. Beide sind im Vorstand zuständig für die Region Thüringen. Christa und Günter Besmer arbeiten aktiv in der Bewegung gegen Müllverbrennung. Sie gründeten in Erfurt eine Bürgerinitiative und arbeiteten mit an der Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen in Suhl, Witzenhausen, Staßfurt und Henningsdorf. Dabei lernten sie Prof. Rosin und seine Kältetechnik kennen, für die sie sich seitdem leidenschaftlich engagieren. Sie unterstützen die Bewegung „Gendreck weg!“.



Eckehard Osimitsch, Sprecher Regionalgruppe NRW

Eckehard Osimitsch ist Regionalsprecher des Vereins in NRW. Er ist von Beruf Chemiefacharbeiter und arbeitet bei Evonik-Industries in Essen.

Die Regionalgruppe NRW befasst sich schwerpunktmäßig mit den Folgen des Fracking und wie man den gemeinsamen Widerstand dagegen fördert. Gerade in Regionen mit Bergbau ist das Fracking besonders lukrativ. Ein weiterer Schwerpunkt ist der gemeinsame Widerstand gegen die Versorgung und den Transport von AKW - Brennelementen bzw. deren Lagerung. In Gronau ist die einzige

Urananreicherungsanlage Deutschlands (Urenco). Von dort werden 10% aller AKWs weltweit beliefert, auch die von Tepco in Japan. Die Regionalgruppe war tatkräftig am Zustandekommen der Demonstrationen zum Weltklimatag 2010/11 beteiligt. Sie hat Verbindungen zur japanischen Anti-AKW-Bewegung und lud einen Vertreter auf den 2.internationalen Umweltratschlag im Oktober 2011 nach Gelsenkirchen ein.

Manchmal macht die Regionalgruppe gemeinsame Ausflüge, wie z.B. im Juli 2011 ins Landesmuseum Münster zur „Bionik“ - Ausstellung.

„Es ist 1 Minute vor 12“

Weltklimatag in Göttingen

Für den Weltklimatag am 3.12.2011 hatte sich in Göttingen auf Initiative der Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz eine Aktionseinheit aus mehreren Organisationen* gebildet. Die gemeinsamen Forderungen lauteten: Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie weltweit! Für eine Wende zu 100% erneuerbarer Energie und echter Kreislaufwirtschaft! Schon am 30.11.2011 gab es eine spannende Abendveranstaltung mit Prof. Rolf Bertram und Stephan Moldzio zum Thema „Die Reaktorkatastrophe von Fukushima – 8 Monate danach“ mit ca. 25 Teilnehmern. Am 3.12. begrüßte uns leider ein verregener Morgen in Göttingen. Trotz des sehr schlechten Wetters bauten 8 Organisationen und Initiativen ihren Stand in der Innenstadt auf. Es gab einige interessante Gespräche, die wiederum zu neuen

Kontakten führten. Und wie auch im Jahr zuvor wurde der Weltklimatag mit einer Feuerzangenbowle im Haus der NaturFreunde nachbereitet. Gemeinsam mit der Anti-Atominitiative Göttingen wurde als nächste gemeinsame Aktivität am 3.3.2012 eine Mobilisierungsaktion zum Fukushima Jahrestag geplant und durchgeführt (siehe Bild)

*Anti-Atom Initiative Göttingen; Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz e.V.; DIE LINKE im Kreistag Göttingen; GöLINKE Ratsfraktion; Patrick Humke (MdL, DIE LINKE, Göttingen); KlimaAG Göttingen; Klimaschutz Göttingen e.V.; Dr. Gerhard Krauth (M.A. - FRIEDENSBÜRO Göttingen, EUROSOLAR); MLPD Göttingen; NaturFreunde Göttingen e.V.; Verein für Umwelt- und Konfliktforschung Göttingen e.V.



Gemeinsame Aktion in Göttingen am Weltklimatag 2011



Fukushimajahrestag: Demonstration in Neckarwestheim

Über 5000 Teilnehmer demonstrierten in Neckarwestheim. Die Teilnehmer gedachten der Opfer und machten deutlich, dass Atomausstieg und Energiewende anders aussehen wie die Berliner Regierung das

vorsieht. Sie forderten die sofortige weltweite Stilllegung aller Atomanlagen und eine tatsächliche Wende zu erneuerbaren Energien. Wir führten einen recht gut besuchten Infostand durch, verteilten 500 Flugblätter und den Vorschlag zum Aufbau einer Umweltgewerkschaft.

Bericht zum Weltklimatag am 3. Dezember in Essen

Während die Weltklimakonferenz in Durban scheiterte, gewinnt der seit einigen Jahren ausgerufene internationale „Weltklimatag“ des Widerstands gegen die drohende Klimakatastrophe, an Bedeutung und Rückhalt in der Umweltbewegung. Weltweit finden Aktionen, Demos und Veranstaltungen statt.

In Essen hatte sich ein regionales Bündnis von Einzelpersonen, Organisationen und Parteien zusammengefunden. Das Klimabündnis Niederrhein, in dem über 30 Gruppen zusammenarbeiten, gehörte dazu und weitere Umweltgruppen aus Essen und Duisburg. „Wir demonstrieren in der Energiestadt Essen, weil hier wichtige energiepolitische Akteure ihren Sitz haben, die die Energiewende bremsen und blockieren“, heißt es im Aufruf zur gemeinsamen Demonstration.

Für nachhaltigen Klimaschutz forderte die Aktion die sofortige Stilllegung aller AKWs, den Ausstieg aus der Klima killenden Kohleverbrennung und die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien.

Weg mit dem Anti-Solar-Plan der Bundesregierung!

Rund 11.000 Menschen demonstrierten am 5.03.2012 vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Ihr Protest richtete sich gegen den Plan der Bundesregierung die im „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG) für den 1. Juli vorgesehene Kürzung der Einspeisevergütungen für Solarstrom auf den 9. März vorzuziehen und zu verschärfen. Für viele Kleinverbraucher werden damit Investitionen in Solaranlagen zukünftig unrentabel, was die dezentrale Nutzung dieser Energieform in Deutschland massiv einschränken würde. 130.000 Arbeitsplätze in der Solarbranche, bei Zulieferern und Handwerkern sind bedroht.

Aufgerufen hatten Umweltverbände, die IG Metall, die IGBCE, der Bundesverband Solarwirtschaft, die Deutsche Umwelthilfe (DUH), die Dachdecker-Innung und der Verband der Installateure. Die Teilnehmer waren aus der ganzen Bundesrepublik mit ca. 150 Bussen angereist. 14 Tage später haben in Bitterfeld-Wolfen mehr als 1.000 Beschäftigte lautstark ihrem Zorn über die geplante Kürzung der Solarförderung Luft gemacht. Zu dem Aktionstag „5 vor 12 - Solar Valley kämpft“ hatte die IGBCE aufgerufen. An den Protesten beteiligen sich Belegschaften von fünf Solarfirmen aus Sachsen-Anhalt. Dass sich Beschäftigte der Solarbranche gemeinsam mit Umweltschützern in der Hauptstadt zu Wort meldeten, ist eine positive Entwicklung für den weiteren Widerstand gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Auf der Berliner Kundgebung wurde eine Erklärung der Bürgerbewegung verteilt. Darin heißt es u.a.: „Die erneuerbaren Energien hatten in Deutschland im Jahr 2011 erstmals einen Anteil von 20% an der elektrischen Energie überschritten, 2010 waren es noch 17% gewesen. Ein wichtiger Faktor für die Umstellung auf eine 100% erneuerbare Energieversorgung ist der Ausbau der Photovoltaik, die mittlerweile 4% zur gesamten elektrischen Energieerzeugung in Deutschland beiträgt. Mit einer neu installierten Leistung von insgesamt rund 7.500 MW, lag das Jahr 2011 knapp oberhalb des bisherigen Rekordjahres 2010. Bei Fortschreibung dieser Entwicklung würde der Anteil erneuerbarer Energien bei Elektrizität im Jahr 2020 bereits bei 47% liegen. Offenbar will die Bundesregierung dieser Entwicklung einen Riegel vorschieben.“

Der Ausbau der erneuerbaren Energien zog ab 2005 auch Spekulationskapital



an. Die Börsenkurse von Photovoltaik-Unternehmen explodierten um bis zu 800%. Mit großen Profiterwartungen wurden neue Produktionskapazitäten aufgebaut. Im Jahr 2011 entstanden weltweit Überkapazitäten Bis 2015 werden nach Einschätzung des Finanzanalysten Bloomberg nur 1/3 der heutigen Photovoltaik-Produzenten überleben. In Deutschland haben führende Photovoltaikhersteller, wie das Traditionsunternehmen Solon in Berlin, Insolvenz angemeldet. Bei Conergy und Q.Cells bangen die Kollegen um ihre Arbeitsplätze und sind von Kurzarbeit und Entlassungen betroffen.

Unser Verein hat am 9.1.2012 auf die Forderung, die Energieversorgung innerhalb von 10 Jahren auf 100% erneuerbare Energien umzustellen, vom Bundesumweltminister folgende Antwort erhalten: „Die von Ihnen geforderte sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke und eine Umstellung auf 100% erneuerbare Energien (in der Stromerzeugung) innerhalb von 10 Jahren, liegt allen in der Fachwelt bekannten Studien zufolge deutlich jenseits der technischen und nachhaltigen Machbarkeit und wäre auch unter dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit keine vorteilhafte energiewirtschaftliche Option. (Brief BMU, 9.1.2012). Diese Aussage widerspricht vollständig dem technisch Möglichen.

Angesichts der nun drohenden Vernichtung tausender Arbeitsplätze, der Verweigerung der notwendigen Klimaschutzmaßnahmen, zeigt die Antwort des BMU, was dort unter „vorteilhaft“

verstanden wird. Wir meinen:

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung muss sofort gestoppt werden! Wir unterstützen den Kampf der Kollegen in der Solarbranche um jeden Arbeitsplatz. Wir brauchen den raschen Ausbau der erneuerbaren Energien auf 100% in 10 Jahren, mit einer soweit wie möglich dezentralen Erzeugung. Viele Bürgerinitiativen protestieren zu Recht gegen den Zubau der Landschaften durch Hochspannungsnetze. Wir befürworten die Hochspannungs-Gleichstromübertragung (HGÜ).

Auch in anderen Branchen, wie bei Opel oder bei dem Energiemonopol E.on kämpfen Kollegen um ihre Arbeitsplätze. Umwelt- und Arbeiterbewegung dürfen sich nicht spalten lassen. Im Kampf um jeden Arbeitsplatz, für die Wende zu 100% erneuerbaren Energien sowie die Durchsetzung der Produktion von Nullemissionsautos können beide Bewegungen sich stärken und Durchsetzungskraft gewinnen. Für eine sofortige Wende zur Kreislaufwirtschaft!

Die Lebensgrundlagen und die Zukunft der heutigen und zukünftigen Generationen sind existenziell in Frage gestellt. Der Kampf für Umweltschutz und Arbeitsplätze mit fortschrittlichen Technologien der erneuerbaren Energien und Kreislaufwirtschaft kann sich gegenseitig stärken und in einem gemeinsamen Vorgehen münden.

Wir möchten Ihnen die Idee einer Umweltgewerkschaft vorstellen!

Im Folgenden drucken wir in einer leicht verkürzten Form einen Offenen Brief von Christian Jooß, Dietmar Kupfer, Karin Puppel und Jochen Schaaf ab, der seit Dezember 2011 diskutiert wird:

Liebe Umweltfreundinnen und Umweltfreunde!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Viele Fragen und Konflikte zur Zukunft unseres Planeten bewegen uns anlässlich der UN-Weltklimakonferenz in Durban: Mit dem höchsten CO₂-Ausstoß seit Menschengedenken schreitet der Umschlag in die Klimakatastrophe rasant voran, aber das internationale Finanzkapital und seine Regierungen in den mächtigsten Ländern der Erde sehen keinerlei Anlass, dem ernsthaft Einhalt zu gebieten.

Grüne Technologie wird zum Exportschlager, umweltverträgliche Produktion aber nur verwirklicht, wenn damit maximale Gewinnmargen in Aussicht stehen.

Umweltschutz und Arbeitsplätze werden oft demagogisch gegeneinander ausgespielt und damit Umwelt- und Arbeiter / Gewerkschaftsbewegung in Konkurrenz zueinander gebracht.

Die Umweltbewegung in Deutschland hat viel geleistet und gerade im letzten Jahr weltweite Ausstrahlung erhalten. Aber ihre Aktivitäten sind häufig zersplittert, meist projektbezogen und ihr fehlt oft die internationale Verbundenheit mit verlässlichen Bündnispartnern.

Die Menschheit steht an einem Scheideweg: Die Lebensgrundlagen und die Zukunft der heutigen und zukünftiger Generationen sind existenziell in Frage gestellt. Wie kann die Umweltbewegung eine Überlegenheit gegenüber den Hauptverursachern der drohenden Klimakatastrophe erreichen?

Dieses Ziel erfordert eine neue Qualität der Umweltbewegung und damit auch ihrer Organisiertheit. Auf diesem Hintergrund möchten wir Ihnen / euch die Idee einer Umweltgewerkschaft vorstellen und zur Diskussion anregen.

Ähnlich existenziell wie sich die Arbeiterinnen und Arbeiter vor mehr als 150 Jahren zu Gewerkschaften zusammengeschlossen haben, um sich gegen soziale Ausbeutung zu verteidigen, würde eine Umweltgewerkschaft zur Verteidigung der Lebensgrundlagen der Menschheit der heutigen Dramatik entsprechen:

- der Gewerkschaftsgedanke orientiert auf den gemeinsamen Kampf der arbeitenden Bevölkerung um existenzielle Lebens- und Zukunftsinteressen;

- der Gewerkschaftsgedanke orientiert gegen die Hauptverursacher der drohenden Umweltkatastrophe,

- der Gewerkschaftsgedanke beruht auf Kampfgeist, Solidarität, einer demokratischen Kultur und auf dem überparteilichen Zusammenschluss,

- der Gewerkschaftsgedanke war von Anfang an weltumspannend und auf internationale Kooperation ausgerichtet;

- der Gewerkschaftsgedanke beinhaltet den Einsatz für alle aktuellen Fragen und wirft die Systemfrage nach einer gerechten und nachhaltigen Gesellschaft auf, als Alternative zum Kapitalismus,

- der Gewerkschaftsgedanke muss den Zusammenschluss der Umweltbewegung mit der Arbeiter- und den sozialen Bewegungen, der Jugend, in der Landwirtschaft Tätigen, kritischen Wissenschaftlern und Kleinunternehmen zukünftig zu seinem Bestandteil machen.

Zweifellos wurde der Gewerkschaftsgedanke oft diskreditiert, gerade durch die Legitimierung naturzerstörerischer Unternehmenspolitik zugunsten vermeintlicher Arbeitsplatzinteressen. Der ursprüngliche Gewerkschaftsgedanke sollte wieder neue Lebendigkeit erhalten und wäre aus unserer Sicht eine hervorragende Weiterentwicklung der Umweltbewegung. Natürlich ist eine Umweltgewerkschaft keine Konkurrenz, sondern Ergänzung zu den bisherigen Gewerkschaften, in denen wir weiter aktiv arbeiten.

Daher möchten wir gerne mit Ihnen / euch diskutieren und eine Zusammenarbeit entwickeln. Einen ersten Meinungs- und Erfahrungsaustausch führten wir auf dem zweiten Umweltratschlag im Oktober in Gelsenkirchen durch, wo der Gedanke einer Umweltgewerkschaft positiv und kontrovers diskutiert wurde und Zuspriechung fand. Wir freuen uns über jeden Interessenten und insbesondere über jede und jeden, die aktiv Verantwortung übernehmen möchte in der Diskussion und Konzeption eines solchen neuen, nachhaltigen und solidarischen Zukunftsprojekts in der Umweltbewegung.

Mit umweltbewegten Grüßen!

Ihr/le Christian Jooß, Dietmar Kupfer, Karin Puppel, Jochen Schaaf

Professor Dr. Christian Jooß, Physiker, seit 2008

Vorsitzender der Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz. Er lehrt Materialphysik an der Universität Göttingen.



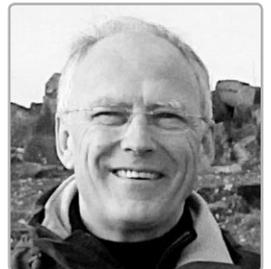
Dietmar Kupfer, Betriebsratsvorsitzender von Johnson Controls, Bochum, Mitglied der IG-Metall-Delegiertenkonferenz Bochum, Mitglied der Tarifkommission Textil/Bekleidung NRW



Karin Puppel, Betriebsratsvorsitzende Inventux Technologies AG



Diplom-Ing. Jochen Schaaf, Architekt, aktiv gegen Stuttgart 21



Kontakt über:
Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz
Schmalhorststraße 1c, 45899 Gelsenkirchen, info@total-recycling.org

Stimmen zur Idee einer Umweltgewerkschaft

1. Was halten Sie von der Idee einer Umweltgewerkschaft?

Ich bin dafür, dass sich die Leute vereinen in dem Sinn, also für die Umwelt, fürs Soziale und für den Boden. Der Boden geht ja auch kaputt und nicht nur der Boden auch die Luft. Alles wird angegriffen von den Mächtigen. So viel vereinen wie möglich. Zersplittern muss man sowieso, weil es gibt ja Vereinigungen, die sich um des kümmern und jenes kümmern und so weiter. Das ist kein Problem, aber es muss Vereinigungen geben, die dann massiv vorgehen können, die Druck erzeugen können, die Politik machen können.

Zur Zeit gibt es viele Ideen. Jeder sagt, man muss sich stärker vernetzen, manche sagen man braucht einen Dachverband. Wir schlagen vor, noch stärker zu vereinen wie in einer Art Umweltgewerkschaft. Was meinen Sie dazu?

Ja das ist in Ordnung, aber trotzdem wird es noch viele andere Gemeinschaften geben, die auch so was anstreben. Weil jeder hat ja einen anderen Aspekt, mit dem er angeht. Letztendlich wollen wir alle das gleiche, aber es wird nicht eine einzige Organisation geben, die es macht.

Das ist sowieso klar. Jeder hat unterschiedliche Schwerpunkte.

Drum wäre ich auf jeden Fall dafür, dass man so was macht.

Man braucht eine Strategie, damit man auch mal zuschlagen kann.

Dann gibt es ja auch Gremien, die übers Internet arbeiten. Wo man sich dann schnell verbinden kann und sagen: da muss man jetzt was machen. Zum Beispiel



nach Berlin gehen oder so.

Wenn wir so was konkreter vorbereiten würden: wie kommen wir zu einer Strategiediskussion. Wenn wir sie dann einladen würden, würden sie da kommen?

Ja, ich komm wenn es reinpasst in meinen Zeitplan. Weil ich habe so viele Sachen schon. Bin im Verein für Heilung von Erde und Mensch, bei der Solarsache und wir bereiten was vor für Griechenland. Wie man da helfen kann, denn so kann man ja nicht helfen...

Peter Döller ist Mitglied im Aktionsbündnis Energiewende Heilbronn (Interview am 11.3.12 bei der Fukushima-Demo in Neckarwestheim)

2. Was halten Sie von der Idee einer Umweltgewerkschaft?

Tolle Idee. Diese Umweltgewerkschaft sollte aber unbedingt, nach den Erfahrungen mit den Grünen, überparteilich und finanziell unabhängig sein. Es wird allerdings schwer werden, die vielen bestehenden Organisationen unter einen Hut zu bekommen.

(greenpeace-Mitglied aus Abstatt, wollte namentlich nicht genannt werden, 11.3.12 bei Fukushima-Demo in Neckarwestheim)

3. Was halten Sie von der Idee einer Umweltgewerkschaft?

Da ist ja was dran, aber wer soll das machen? Jeder ist mit seiner Sache so beschäftigt und hat gar keine Kräfte frei für so eine riesige Aufgabe. Man sollte da zunächst klein anfangen und sich viel besser vernetzen. Dann könnte man auch einen gemeinsamen Protestmarsch nach Berlin machen.

(Anti Atom Aktivist und S 21 Gegner aus Stuttgart am 11.3.12 bei der Fukushima-Demo in Neckarwestheim)

4. Was halten Sie von der Idee einer Umweltgewerkschaft?

Wir brauchen beides: Arbeitsplätze und Umweltschutz. Die Umweltfrage ist existentiell geworden. Auch deshalb wird eine Umweltgewerkschaft gebraucht, die die Arbeiter- mit der Umweltbewegung vereint.

(Kollegin aus einem Photovoltaikbetrieb bei der Demonstration gegen die Antisolartarpläne der Bundesregierung in Berlin am 5.03.2012)

Mitgliederversammlung

der Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz

Samstag, den 8. Dezember 2012 im Heiner's Gastronomie GmbH
Nordsternpark in Gelsenkirchen-Horst,
Am Bugapark 1d, 45899 Gelsenkirchen

Beginn: 11:00 Uhr
Mittagspause und Essen: ca. 13 Uhr
Ende: ca. 17 Uhr

Der Vorstand legt Rechenschaft über seine Tätigkeit ab. Wir diskutieren über den weiteren Vereinsaufbau und unsere Aktivitäten. Besonderes Thema wird die Vorbereitung des Strategietreffens im Jahr 2013 sein. Es finden Neuwahlen des Vereinsvorstandes und der Revisoren statt. Eine Tagesordnung wird noch veröffentlicht.

Übernachtungsmöglichkeiten bei Schacht III, Gelsenkirchen-Horst, Koststr.8.
Anfragen unter der Telefonnummer: 0209 – 57975.

7. Internationaler Automobilarbeiterratschlag am 17.-20. Mai in Dachau und München

International, überparteilich, den Interessen der Arbeiterbewegung verpflichtet – das ist der Internationale Automobilarbeiterratschlag. Ein wichtiges Thema ist der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Auszüge aus dem Programm:

Forum 1: Wie sehen das Auto und das Verkehrswesen der Zukunft aus?

Das Forum wird als Gemeinschaftsproduktion von Kollegen aus Braunschweig und Rüsselsheim vorbereitet. Als Automobilarbeiter sehen wir die Pläne unserer Konzernvorstände, die Welt mit noch mehr Autos mit Verbrennungsmotoren zu überschwemmen, mit größter Sorge. Unser Planet würde das nicht verkraften. Wir wollen deshalb eine kritische Auseinandersetzung über das heutige Verkehrssystem und seine Auswirkungen auf die Umwelt und uns Menschen führen. Wir wollen sprechen über ein Verkehrssystem, das die Bedürfnisse nach Mobilität erfüllt und zugleich die Umwelt schont. Wichtige Aspekte, die betrachtet werden sollen, sind die Brennstoffzelle, das Elektroauto, eine 100 % erneuerbare Energieversorgung und Kreislaufwirtschaft im Automobilbereich. Als Ergebnis des Forums möchten wir einen Beitrag leisten zum Kampfprogramm, das vom Ratschlag verabschiedet werden soll. Denn eine bessere Zukunft kommt nicht von allein!

Kontakt: Peter Kunick, Braunschweig, Peter.Kunick@arcor.de

Forum 3: Brauchen wir eine Umweltgewerkschaft?

Die Menschheit steht an einem Scheideweg: Die Lebensgrundlagen und die

Programm des Automobilarbeiterratschlag

Donnerstag, 17. Mai 2012

14:00 Uhr: Besichtigung KZ-Gedenkstätte Dachau, Roßwachtstr. 15, mit Kranzniederlegung
18:30 Uhr: Festlicher Empfang mit Büfett

Freitag, 18. Mai 2012

Ort: Städtisches Berufsschulzentrum, Riesstr. 40, in München-Moosach
9:00-12:30 Uhr: Begrüßung, Weltbericht und Impulsreferat zur Umwelt mit Diskussion
14:30-18:00 Uhr: Foren zu verschiedenen Themen
19:00 Uhr: Grillabend

Samstag, 19. Mai 2012

9:00-10:30 Uhr: Ergebnisse der Foren

11:00-12:30 Uhr und 13:30 -15:00 Uhr: Konzernbezogene Foren

15:30-18:30 Uhr alternativ: Workshops, Jugend-Aktion, Stadtbesichtigung

19:00 Uhr: Internationales Kulturfest

Sonntag, 20. Mai 2012

9:30-10:00 Uhr: Rechenschaft der Koordinierungsgruppe (KOG) und Finanzbericht

10:00-13:00 Uhr: Diskussion und Beschluss über die Abschlusserklärung und ein Kampfprogramm

13:00-13:30 Uhr: Wahl einer internationalen Koordinationsgruppe zur Vorbereitung der Automobilarbeiterkonferenz. Evtl. Wahl einer nationalen KOG.

Anschließend: Abschiedszeremonie

Zukunft der heutigen und zukünftiger Generationen sind unmittelbar in Frage gestellt. Gleichzeitig entwickeln sich mit erneuerbaren Energien und neuen Recyclingverfahren vielseitige Voraussetzungen für ein Wirtschaften in Einheit mit der Natur. Profit- und Machtinteressen der Energiekonzerne und der Regierung stehen jedoch ihrer umfassenden praktischen Verwirklichung entgegen, wie beim Anti-Solarplan der Bundesregierung, der die Wende zu erneuerbaren Energien abgewürgt hat und Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet. „Wir sind hier viele, aber handeln müssen wir wie eine Organisation“ ist der Grundgedanke des Vorschlags des Aufbaus einer Umweltgewerkschaft. Sie könnte Kolleginnen und

Kollegen in den Betrieben, Umweltschützer, Bauern, Kleingewerbetreibende, Wissenschaftler, Jugendliche vereinen zu einer gesellschaftlich überlegenen Kraft. Im Forum möchte wir über Notwendigkeit, Ziele, Organisationsprinzipien, Arbeitsweise einer Umweltgewerkschaft und Wege zum Aufbau einer solchen Organisation diskutieren.

Kontakt: Karin Puppel, Betriebsratsvorsitzende Inventux Techn. AG, Karin.Puppel@web.de

Aktuelle Informationen im Internet:
www.iaar.de

Vorankündigung Strategiekonferenz Umweltgewerkschaft

Voraussichtlich im Januar 2013 im Ruhrgebiet
Alle Interessierten sind eingeladen, Ziel und Konzept dieser Konferenz zu beraten und sich in die Vorbereitung einzubringen.

1. Treffen: Samstag, 19. Mai, 15:30-18:30 Uhr auf dem Internationalen Automobilarbeiterratschlag in München



Publikationen der Bürgerbewegung

Recyceln statt Verbrennen

Mit Beiträgen von Prof. Rosin und Prof. Wassermann, 2. Auflage 2007

Preis: 2,- Euro, zzgl. Versandkosten

Über die Möglichkeiten einer materialgerechten Kreislaufwirtschaft. Mit dem Kryo-(Tiefkälte)Recycling können Altkunststoffe, Altgummi und Elektronikschrott als hochwertige Sekundärrohstoffe erhalten werden.



Müllverbrennung – die chronische Volksvergiftung

Prof. Rosin, Prof. Jooß, 2008, Preis: 5,- Euro, zzgl. Versandkosten

Das Fachbuch (deutsch und englisch) widerlegt umfassend die Legende von der "sauberen deutschen Müllverbrennung" und zeigt Alternativen zur Müllverbrennung auf. Dabei wird auch die Methode des Kryo-Recycling von Prof. Rosin sehr gut erläutert.



Jahresmagazin „Kreislaufwirtschaft total“

2010: Kreislaufwirtschaft – Antwort auf die drohende Umweltkatastrophe

2011: Weltweit alle AKWs sofort stilllegen! Energieversorgung zu 100% aus erneuerbaren Energien!

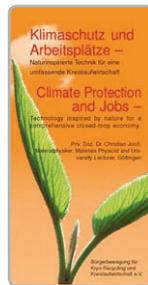
Einzelpreis: 2,- Euro; 10 Stück für 16,- Euro zzgl. Versandkosten.



Klimaschutz und Arbeitsplätze

Prof. Jooß, 2. Auflage 2008, Preis: 4,- Euro zzgl. Versandkosten

In dieser Broschüre werden Wege aufgezeigt, wie Bionik und naturinspirierte Technik eine Kreislaufwirtschaft ermöglicht. Die Verbrennung fossiler Energieträger für die Energiegewinnung und der verheerende Raubbau an Rohstoffen treiben die globale Umweltzerstörung auf die Spitze und beschleunigen die Entwicklung zu einer Weltklimakatastrophe. Umfassender Klimaschutz schafft neue Arbeitsplätze.



DVD: „Stuttgart 21 ist überall“

DVD gegen Spende von 5,- Euro zzgl. Versandkosten. Zu bestellen bei Peter Vescovi, dem Drehbuchautor (E-Mail an vescovi@arcor.de) oder bei der Geschäftsstelle.



Packender Dokumentarfilm der Regionalgruppe Böblingen-Stuttgart über die Hintergründe des Milliardenprojekts S 21 und anderer EU-Großprojekte im Verkehrswesen.

Die politischen Erfahrungen im Widerstand gegen Stuttgart 21 wie auch der bereits über 2 Jahrzehnte gehende hartnäckige, gut organisierte Kampf von No TAV im italienischen Val di Susa gegen eine Hochgeschwindigkeitsstrecke der Bahn mit ihrer Zerstörung von Dörfern und massiven Umweltproblemen sind ein Lehrstück.

Berliner Aktionsbündnis zum Weltklimatag 2011 „Rettet die Umwelt vor der Profitgier“

Einzelpreis 1,50 Euro, 10 Stück für 10,- Euro, zzgl. Versandkosten

Kundgebungsbeiträge einer breiten Aktionseinheit von Initiativen, Parteien und der Vertretung der bolivianischen Botschaft. Weltklimatag im Zeichen neuer Herausforderungen, gefährliche Methoden der Ausbeutung der Natur durch internationale Konzerne und Politik, weltweiter Widerstand zur Rettung der Umwelt, für eine neue Qualität der Umweltbewegung und weitere Beiträge.



Flyer der Bürgerbewegung „Wer wir sind und was wir wollen“

Das Selbstverständnis der überparteilichen Bewegung für Kreislaufwirtschaft total, Ziele und Aufgaben.

Einzelpreis: 0,15 Euro



Ich möchte Mitglied werden in der Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz – weil sie wissenschaftliches Know How verbindet mit dem Mut zu langhaltendem organisierten Widerstand für eine Kreislaufwirtschaft total.

Name und Vorname:

.....

Straße und Hausnr.:

.....

Postleitzahl und Ort:

.....

E-Mail:

.....

Telefon:

.....

Firma, Verein, Organisation:

.....

Bitte den Jahresbeitrag auswählen:

Jahresbeitrag 30 Euro, natürliche Personen

Jahresbeitrag 100 Euro, Firmen, Organisationen, Vereine

Jahresbeitrag 24 Euro, bei geringem Einkommen

Ich möchte einen höheren Beitrag leisten:

Bitte einsenden an:

Bürgerbewegung für Kryo-Recycling,
Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz
Schmalhorststraße 1c
45899 Gelsenkirchen

